Gefangenen Info

C 10190 10.4.2007 Preis: 1,55 □ 323

Hervorgegangen aus dem Angehörigen Info. Das Angehörigen Info entstand im Hungerstreik der politischen Gefangenen 1989.

Brigitte Mohnhaupt ist draußen – nach endlos langen Jahren. Wir freuen uns und wünschen ihr alles Gute. Viele andere Gefangene sind weiter im Gefängnis, viele seit Jahrzehnten. Die Forderung nach Freiheit für alle politischen Gefangenen bleibt aktuell.

Mündliche Anhörung im Fall Mumia Abu-Jamal am 17. Mai 2007!

Das 3. Bundesberufungsgericht in Philadelphia hat für den 17. Mai 2007 Verteidigung und Staatsanwaltschaft zu einem öffentlichen Anhörungstermin geladen. Es geht um die Frage, ob der Todeskandidat einen neuen Prozessß garantiert bekommt oder hingerichtet wird.

Wie Robert R. Bryan aus San Francisco, Hauptverteidiger von Mumia Abu-Jamal, jetzt mitteilte, hat er am 22. März die Ladung zur mündlichen Anhörung vor dem 3. Bundesbezirksgericht in Philadelphia für Donnerstag, den 17. Mai 2007, um 9:30 Uhr erhalten. Der öffentliche Termin - an dem Mumia Abu-Jamal allerdings nicht teilnehmen darf - findet im „Ceremonial Courtroom“ im 1. Stock des U.S. Courthouse an der Ecke 6. und Market Street statt. Der Legal Defense and Educational Fund der Bürgerrechtsorganisation NAACP und der Anwaltsverein National Lawyers Guild, die sich mit Petitionen – so genannten amicus curiae briefs - an das Gericht gewandt und gefordert hatten, dem weltweit bekannten Journalisten endlich Gerechtigkeit wider-

Fortsetzung Seite 2 unten

Interview mit dem Schriftsteller Peter O. Chotjewitz zu Christian Klar

Wir dokumentieren eine Sendung von Radio Flora, Hannover, vom 12. März.

Am 13. Januar wurde ein Grußwort von Christian, Gefangener aus der ehemaligen RAF, anlässlich der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin verlesen. 7 Wochen später machte Report Mainz einer größeren Öffentlichkeit reißerisch bekannt gemacht, was in einer Hetzkampagne gegen ihn und alle aufrechten Linke kulminierte. Für Christian selber hatte das negative Folgen, so wurden die zugesagten Vollzugslockerungen vom zuständigen baden-württembergischen Justizminister Goll erst einmal zurückgestellt.

Peter, wie bewertest du das?

Ich habe die Sendung verfolgt, und mir war vorher Christians Text bekannt. Das griff ineinander, denn es geht momentan darum, ihn in Haft, gewissermaßen im Geiselhaft, kann man fast sagen, zu behalten.

Wir haben gesehen, was passiert, wenn Inhaftierte rauskommen, dann sind sie nämlich nicht mehr präsent und niemand spricht mehr über sie. Über Eingesperrte redet man so lange, wie sie weggesperrt sind und ein Recht haben , raus zu kommen, was man wiederum mit rechtlichen Mitteln und was man dafür hält, verhindern kann.

Die Frage ist, warum will man die Debatte über die RAF aufrecht erhalten. Ich denke, dass das eine propagandistische Notwendigkeit ist, die von Wolfgang Kraushaar, einer der wichtigsten Leute, der behauptet, wir werden uns noch lange mit der RAF befassen.

Es mutet ganz absurd an, weil die RAF sich aufgelöst hat ... Es gibt nicht die geringsten Anzeichen, dass sich die RAF neu konstituieren könnte, aber das öffentliche Reden fügt sich in einen internationalen Rahmen ...

Du hattest im Vorgespräch gesagt, die Kampagne ist für die Herrschenden nach hinten losgegangen. Im Grunde ist es 1:0 für Christian ausgegangen. Kannst du das mal erläutern?

Das kann man so bewerten, aber wie es ausgeht, ist eigentlich ziemlich egal. Ich denke auch, entweder der Bundespräsident, dem ein Gnadengengesuch vorliegt, oder der Herr Goll, der ein Vollzugsplan in Kraft setzen soll und wird, die werden ihn vielleicht vor dem Ablauf von 26 Jahren rauslassen. Dass ist nicht der entscheidende Punkt, dass das nach hinten losgegangen ist, das können sie verkraften und darüber ist genügend gesagt worden.

Da haben genügend Leute darauf hingewiesen, dass der zuständige Herr Generalstaatsanwalt, ein gewisser Herr Pflieger in Stuttgart, der behauptete hat, man würde gar

Fortsetzung Seite 2 pben

nicht verstehen, was Christian Klar da sagt hat, sich blamiert hat.

So doof kann man gar nicht sein, um nicht zu verstehen, [dass das], was Christian da gesagt hat, die Meinung von vielen ist, etwa 10-15% der Bevölkerung, die das unterschreiben würde.

Darum geht es gar nicht, dass sie sich blamieren, wenn sie sagen, wir lassen ihn wegen dieser Rede nicht raus. Jeder, der alle Tassen im Schrank hat, weiß, dass es nicht wegen der Rede ist, sondern er drin bleiben wird, es soll das Exempel statuiert werden. jede und jeder, der so was äußert, muss damit rechnen, wenn wir als Justiz können, dass wir ihn behalten oder nehmen.

In diesem Sinne ist das nach hinten losgegangen, dass wissen wir alle, dass es so ist. Wir wissen alle, dass wir in keinem Rechtsstaat leben, aber entscheidend ist, warum wollen sie unbedingt weiter diese Gefahr im Innern an die Wand malen? Warum reicht es ihnen nicht, dass sie diesen so genannten internationalen Terrorismus als Vorwand haben, um Truppen nach Afghanistan zu entsenden und vielleicht eines Tages auch dem nächsten US-Präsidenten die Hand zu reichen, wenn es darum geht in Venezuela zu intervenieren?

Es geht endgültig darum, in der Bevölkerung ein Klima der Angst zu schaffen, dass es der Bundesregierung ermöglicht, im Inneren wie im Äußeren mit den bekannten Methoden zu intervenieren.

Der Intendant des Berliner Ensembles, Claus Peymann, der Christian seit Längerem eine Praktikantenstelle angeboten hat, meint , das 7/8 der Weltbevölkerung so denken wie er.

Gegen Peymann wie gegen den ehemaligen Bundesinnenminister Baum gibt es jetzt Morddrohungen, die Ausdruck einer Hetzkampagne nicht nur von Boulevardmedien, sondern auch z.B. von Report Mainz, sind.

Natürlich müssen sie verschärfen und zuschlagen. 7/8 ist ein bisschen übertrieben und ich teile auch nicht ganz Christians Optimismus, indem er annimmt, dass das letzte Stündchen des Kapitalismus und der Bourgeoisie schon geschlagen habe. Ich bin nicht ganz so sicher, wie lange das noch dauert.

Da müssen wir mal schauen, aber auf der anderen Seite gibt es eine Debatte um Christians Aussagen in der Linkspartei und selbst in der LeserInnnenbriefseiten der bürgerlichen Zeitungen wie die FR und SZ gab es teilweise Zustimmung: Wir haben auch eine antikapitalistische Einstellung, und müssen wir jetzt auch in den Knast? Um noch einmal auf 1:0 für Christian zurückzukommen. Der politische Status wurde den Gefangenen aus der RAF von den Herrschenden immer verwehrt, der ist jetzt für viele endgültig sichtbar geworden.

Das meine ich ja auch, dass das ein Schuss in den Ofen war, mit der Reportsendung und dem Interview mit Herrn Pflieger, der ja gesagt hatte, jetzt muss er aber drin bleiben. Die wecken da höchstens Leute auf, die inzwischen denken, dass der Staat inzwischen nicht mehr ganz so rabiat vorgeht, wie er es vor 30 Jahren gegen die RAF gemacht hat.

Es wird immer wieder vergessen, dass selbst konservativste Staatslehrer sich darüber einig sind, dass der Faschismus und mit ihm der Nationalsozialismus nicht ein Gegenentwurf zur bürgerlichen demokratischen Ordnung ist, sondern dass er immer in ihr ruht. [Es] ist, wie der Brecht sagt, der Schoß ist fruchtbar, aus ihm kriecht sie hervor und in ihn kriecht sie wieder zurück. Sie wird immer soviel vom Faschismus bzw. vom Nazismus als Option für sich behalten, wie es in der jeweiligen historischen Situation braucht. Da müssen wir ansetzen bei diesen Gedanken, dass es die Bourgeoisie selber ist, die die Keimzelle der faschistischen Gewalt ist.

Aus dieser gesamten Kontoverse wird deutlich, dass es um Gesinnung geht.

Natürlich sitzt er wegen seiner Gesinnung,

fahren zu lassen, werden neben internationalen BeobachterInnen ebenfalls im Gerichtssaal anwesend sein.

In der Anhörung können die beiden Verfahrensparteien ihre bereits eingereichten Anträge mündlich begründen und werden dazu von den drei Bundesrichtern detailliert befragt. Der Verteidigung geht es darum, das im Juli 1982 gegen ihren Mandanten gefällte Todesurteil aufheben zu lassen, weil es wegen der rassistischen Verhandlungsführung des damals vorsitzenden Richters Albert Sabo und des Bezirksstaatsanwalts Joseph McGill gegen die US-Verfassung und internationale Menschenrechtsgarantien verstößt.

Die Bezirksstaatsanwaltschaft will demgegenüber weiter auf die Hinrichtung Abu-Jamals drängen. In einem verzweifelten Versuch hatte diese Behörde erst kürzlich noch beantragt, das 3. Bundesberufungsgericht möge sich insgesamt in diesem Fall „für befangen erklären". Über die Gründe kann nur spekuliert werden, aber sicherlich ist es der Anklagebehörde schon verdächtig genug, dass sich die Bundesrichter überhaupt sachlich mit diesem Fall befassen wollen. Rechtsanwalt Bryan zu dem Befangenheitsantrag: „Wir erwiderten auf diesen absurden Antrag, das Ansinnen der Gegenpartei sei ‚völlig unbegründet und von daher nur zurückzuweisen'. Am 10. März [2007] erteilte das Bundesgericht der Staatsanwaltschaft eine scharfe Rüge wegen ihres unsachgemäßen Vorgehens und teilte mit, es werde sich mit dem Antrag nicht inhaltlich befassen."

Mit einer Entscheidung des Bundesgerichts über die mögliche Wiederaufnahme des Verfahrens ist allerdings nicht in der Anhörung, sondern erst geraume Zeit danach zu rechnen, da das Gericht an keine Fristen gebunden ist. Die Verteidigung geht aber davon aus, dass an der Art und Weise, wie die drei Berufsrichter Fragen stellen und auf die Erläuterungen der Verfahrensparteien reagieren werden, zumindest andeutungsweise eine Tendenz ihrer endgültigen Entscheidung erkennbar sein wird. (Siehe zu den rechtlichen Fragen, um die es vor dem Bundesgericht geht, den Artikel von Dave Lindorff „Ohne wirkliche Verteidigung" - www.freedom-now.de/news/artikel334.html.)

Rechtsanwalt Bryan schließt seine Mitteilung über den Anhörungstermin mit den Worten: „Meine Mitverteidigerin, Prof. Judith Ritter, und ich haben diesen Fall übernommen, um einen neuen und fairen Prozess für Mr. Abu-Jamal durchzusetzen. Unser Ziel ist die Freiheit unseres Mandanten. Unabhängig davon befindet er sich in großer Gefahr. Wenn wir verlieren, wird er hingerichtet werden. Wir danken Ihnen deshalb für ihr Interesse am Kampf für die Menschenrechte und gegen die Todesstrafe."

In den USA rufen die UnterstützerInnen von Mumia Abu-Jamal unterdessen dazu auf, am 17. Mai möglichst zahlreich vor dem Gerichtsgebäude präsent zu sein und Mumias Freiheit und die Abschaffung der Todesstrafe zu fordern. Rechtsanwalt Bryan hofft, für die internationalen BeobachterInnen Plätze im Gerichtssaal reservieren zu können, da mit einem großen Andrang von Publikum und Medien zu rechnen ist.

Jürgen Heiser
www.freedom-now.de/news/artikel335.html • 25.03.07 (von ivk)

Letzte Meldung: Siehe Seite 16

das ist durch die Reaktion auf die Grußbotschaft deutlich geworden. Noch vor einen halben Jahr konnte Her Pflieger sagen, der sitzt wegen der 6 oder mehr Morden, die er begannen hat. Aber plötzlich muss er selber zugeben, wenn Christian das nicht gesagt hätte, dann hätten sie ihn rausgelassen, die Gesinnung wird bestraft.

Magazin International bei Radio Flora aus Hannover vom12.3.07

Freiheit für alle politischen Gefangenen

Solidarität mit Christian Klar!

Anlässlich der Rosa-Luxemburg-Konferenz Mitte Januar erschien in der Jungen Welt eine Grußbotschaft Christian Klars. In dieser macht er deutlich, dass er auch weiterhin dem Kapitalismus alles Schlechte wünscht und die systemüberwindende Perspektive nicht aus den Augen verloren hat. Europa wird eine imperialistische Macht genannt, und er bezieht sich positiv auf die neueren Entwicklungen in Lateinamerika.

Wurde schon vorher vielerorts über Christian Klar und dessen Gnadengesuch diskutiert, brach der Sturm der Entrüstung über die Beharrlichkeit, mit der das ehemalige RAF-Mitglied seine antikapitalistische Position zum Ausdruck bringt, jetzt erst richtig los. Es dauerte etwa sieben Wochen, bis die Grußbotschaft auf breiter Front thematisiert wurde, dann schien aber jeder und jede etwas dazu sagen zu müssen. Konservatives „Keine Gnade!"-Gebrüll und theologisches Reue-Philosophieren füllt Sondersendungen und die Kommentarspalten der Zeitungen. Das Lager der Links-SPDler, Grünen und Alt-68er, die sich kollektiv der Erinnerung an die damaligen innerlinken Debatten verweigern, tut sich hier durch ihre vermeintlich abgewogenen Feuilletons, naiv bis (gewollt?) begriffsstutzig, besonders hervor. Alle, alle reden über Klar. Wirklich alle? Nein, eine kleine Linksradikale leistet hartnäckig Widerstand und zwingt sich sehr zögerlich zu einer Stellungnahme.

Das erstaunt, war doch seit Beginn des bewaffneten Widerstands in Deutschland die breite Unterstützung der Kampagnen für Zusammenlegung und Freilassung der Gefangenen immer essentieller Bestandteil, auch und gerade autonomer Bewegungen. Vor diesem Hintergrund muss man das lange Stillhalten als ängstliche aber bewusste Entsolidarisierung verstehen. Was war geschehen?

Wem gehört das Recht?

Der bürgerliche Staat ist in seiner Rolle als ideeller Gesamtkapitalist Mittel der Klassenherrschaft. Seine Aufgabe ist die möglichst erfolgreiche Verwaltung der Kapitalselbstverwertung unter Zuhilfenahme von Arbeitskraft. Nach außen bedeutet das, sein heimisches Kapital im Weltwettbewerb möglichst weit nach vorne zu bringen. Nach innen bedeutet das, die Wertvergesellschaftung vor Selbstzerstörung, sozialem Unfrieden und Angriffen auf Privateigentum zu schützen. Der Staat ist keine neutrale Instanz, die klassenversöhnend den Widerspruch, der Kapitalismus nun mal bedeutet, auffängt. Er verwaltet das große Ganze im Sinne der GewinnerInnen, gegen die VerliererInnen. Die Justiz ist Teil dessen, gewissermaßen ein Drittel, dient dem selben Zweck und ist somit ebenfalls Mittel der Klassenherrschaft, ist Klassenjustiz.

Diese Definition wird der Komplexität des Themas Staatstheorie nicht gerecht, beschreibt aber die Stellung der Justiz zu sozialen Kämpfen, die Frontstellung von bürgerlicher Herrschaft und revolutionärer Bewegung. Beruft man sich auf den Staat, seine Justiz und dessen rechtsstaatliche Grundsätze, beruft man sich auf „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz".

Alle DiskussionsteilnehmerInnen sehen den demokratischen Rechtsstaat als das höchste Gut und berufen sich auf ihn und somit auf das von ihm verteidigte gesellschaftliche Verhältnis. Nicht nur oben erwähnte FeuilletonistInnen sondern auch Stoiber, Beckstein und Konsorten mit ihren unverhohlen geäußerten Rachegelüsten nach dem Motto „zerstört den Mann, bis nichts mehr von ihm übrig ist" verlassen nicht den Rahmen einer rechtsstaatlichen Debatte. Wischt man ihnen den Schaum vom Mund, sprechen sie nur das aus, was Ziel und Zweck von Strafe in Deutschland ist - das so genannte Vergeltungsprinzip: Rache. Das Einzige, was man ihnen vom Standpunkt eines Rechtsstaatsgläubigen vorwerfen kann, ist, dass die Prozesse, Ermittlungen, Beweisführungen, Urteile, auf die sie sich berufen, außerhalb dieses ihres Rahmens stattfanden.

Ihr wollt über damals reden? Reden wir über damals.

Kontaktsperren, Sondergesetze bis hin zur Debatte über die Todesstrafe, Isolationsfolter und ungeklärte Todesfälle in Hochsicherheitstrakten und in Bad Kleinen offenbarten, dass der demokratische Rechtsstaat mit seinen Garantien, die im Zweifelsfall sehr schnell über Bord gehen, eben nur eine Form bürgerlicher Herrschaft ist. Das Ziel, sie und mit ihm den Kapitalismus zu überwinden, ist uns mit den bewaffneten Organisationen gemein.

Wir wollen unsere GenossInnen raus aus dem Knast, nicht weil bei ihren Festnahmen, Prozessen und Knastaufenthalten geltendes Recht mit einer Selbstverständlichkeit gestrichen wurde, die schwindelig macht, nicht weil Theorie und Praxis der RAF unsere wären, sondern weil es unsere GenossInnen im Kampf für ein besseres Leben sind. Staat und Justiz haben sich in der Auseinandersetzung mit ihnen noch unverhohlener als Instrument der Klassenherrschaft präsentiert. Christian Klar und alle anderen inhaftierten MitgliederInnen aus dem bewaffneten Widerstand sind politische Gefangene.

Der Staat bleibt für uns kein Ansprechpartner, sondern ist Verwalter dessen, was wir abschaffen wollen. In diesem Kampf gibt es keine neutrale Partei, an die wir im blinden Glauben an die Spielregeln um die Einhaltung dieser bitten, sondern eine Konfliktlinie zwischen Menschen, die mit ihren Mitteln um Befreiung kämpften und kämpfen und den repressiven Maßnahmen einer Institution, deren Zweck die Aufrechterhaltung des Zerstörenswerten ist.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Die Theorie und Praxis der RAF ist nicht unsere. Darum geht es aber nicht. Jenseits aller Kritik ist der bewaffnete Widerstand Teil der linksradikalen, Teil unserer Geschichte. Die Solidarität mit allen politischen Gefangenen, auch und gerade denen des bewaffneten Widerstandes, muss als ein Grundprinzip linker Politik begriffen und artikuliert werden. In diesem Sinne:

Freiheit für Christian Klar, Eva Haule, Brigitte Mohnhaupt und Birgit Hogefeld, für alle politischen Gefangenen!
Kapitalismus abschaffen!

Antifaschistische Linke International (A.I.L.) Göttingen

Am Anfang stand die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg

Mit dem Angriff gegen Christian Klar sind alle antikapitalistisch eingestellten Menschen und Projekte gemeint !

Christian Klar, Angehöriger der ehemaligen Roten-Armee-Fraktion (RAF), seit 1982 inhaftiert und 1985 zu lebenslanger Freiheitsstraft verurteilt, hat sich am 13. Januar mit einer kapitalismuskritischen Erklärung an die Teilnehmer_innen der Rosa-Luxemburg-Konferenz gewandt.

Er spricht darin von der „Würdigung der Inspiration, die seit einiger Zeit von verschiedenen Ländern Lateinamerikas ausgeht. Dort wird nach zwei Jahrzehnten sozial vernichtender Rezepte der internationalen Besitzerklasse endlich den Rechten der Massen wieder Geltung gegeben und darüber hinaus an einer Perspektive gearbeitet."

Er prangert ein „imperiales Bündnis" an, „das sich ermächtigt, jedes Land der Erde, das sich seiner Zurichtung für die aktuelle Neuverteilung der Profite widersetzt, aus dem Himmel herab zu züchtigen und seine ganze gesellschaftliche Daseinsform in einen Trümmerhaufen zu verwandeln."

Er äußert die Hoffnung auf eine Entwicklung, „die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen."

Abschließend schreibt Christian Klar: „Es muss immer wieder betont werden: Schließlich ist die Welt geschichtlich reif dafür, dass die zukünftigen Neugeborenen in ein Leben treten können, das die volle Förderung aller ihrer menschlichen Potentiale bereithalten kann und die Gespenster der Entfremdung von des Menschen gesellschaftlicher Bestimmung vertrieben sind."

Erst der Bericht des ARD-Magazins „Report Mainz" am Montag, den 26. Februar, sorgte für dessen bundesweite Beachtung. Am Mittwoch darauf strich der baden-württembergische Justizminister Ulrich Goll (FDP) dem Gefangenen die vorgesehenen Hafterleichterungen – unter Verweis auf die Kapitalismuskritik.

Zahlreiche Politiker_innen haben seitdem gefordert, Christian Klar müsse aufgrund seiner Gesinnung lebenslang hinter Gittern bleiben.

Besonders scharfmacherisch verhielt sich dabei Günter Beckstein (CSU, Innenminister von Bayern) wenn er davon sprach, dass der „aggressive Ton und die ideologische Verbohrtheit" seiner Grußbotschaft ihn als einen „unverbesserlichen Terroristen" zeige, und wenn er selbst die im Jahr 2009 mögliche Haftentlassung auf Bewährung in Frage stellte.

Es soll nun eine neue „Gefahrenanalyse" angefertigt werden.

Antikapitalistische Positionen werden also als strafverschärfend bewertet. Offensichtlicher kann GesinnungsJustiz kaum sein.

Hafterleichterung setzt also prokapitalistische Ansichten und Bekenntnisse voraus. Ein Gefangener, der nach über 24 Jahren Haft immer noch nicht politisch gebrochen ist und der es wagt, Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu äußern, scheint für diese Politiker nicht akzeptabel.

Diesen Politikern geht es um die völlige Unterwerfung des politischen Gefangenen; auch um öffentlich die Botschaft zu vermitteln: wer sich weigert vor der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung", vor dem Kapitalismus zu Kreuze zu kriechen, wird kriminalisiert (erinnert sei an dieser Stelle an das KPD-Verbot 1956, an den Radikalenerlaß 1972 mit den Berufsverboten, an die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB 1973).

Die Kampagne gegen Christian Klar deutet an, wohin die Reise gehen soll. Sie richtet sich nur vordergründig gegen Christian Klar, gemeint sind aber alle antikapitalistisch eingestellten Menschen und Projekte.

Die jüngste Geschichte aus dem deutschen NS-Faschismus sollte hier sensibel machen und Mahnung sein.

Kriminell sind nicht die Kritker_innen des Kapitalismus, sondern die Protagonist_innen des Neoliberalismus und der kapitalistischen Globalisierung, die weltweit für Hunger, Elend, Krieg und Umweltkatastrophen verantwortlich sind.

Deshalb rufen wir auch dazu auf, gegen das Treffen von Vertreter_innen der kapitalistischen Zentren (G8) im Juni dieses Jahres in Heiligendamm ein deutliches antikapitalistisches Signal zu setzen.

Freiheit für Christian Klar und den anderen Gefangenen aus der RAF; für Brigitte Monhaupt, Eva Haule und Birgit Hogefeld!
Freiheit für alle politischen Gefangenen, die sich für eine solidarische, herrschaftsfreie, humane Gesellschaft, für eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung einsetzen !
Für eine Gesellschaft ohne Knäste !

Diese Erklärung wurde auf dem Treffen von Delegierten linksoppositioneller außerparlamentarischer Gruppen gegen den G8-Gipfel (DISSENT-Bündnis) in Hamburg am 4. März diskutiert.
Einige aus dem dissent-Bündnis - Hamburg, 4. März 2007

Dokumentiert: Ein Beitrag von Peggy Parnass

Wenn wir schon von Mord sprechen

Die KZ-Aufseherin Hermine Ryan wurde 1981 wegen 1181fachen Mordes zu einmal lebenslänglich verurteilt. Der RAF-Terrorist Christian Klar will nach 24 Jahren aus der Haft raus. Zu Recht. Denn noch immer kommt es darauf an, wen man ermordet hat.

Ein Gnadengesuch. Und eine Hysterie fast wie damals in den 70er Jahren. Wieder drehen viele durch, in all den Diskussionen für oder wider Gnade für Christian Klar. Überwiegend heißt es: „Auf keinen Fall darf dieser Mörder, dieser Massenmörder, nach nur 24 Jahren freikommen." Er habe ja nur noch zwei Jahre zu sitzen, was gebe es da zu diskutieren, sagen die Leute.

Sie betonen, dass dieser Mann doch gefährlich sei. Selbst Freunde von mir. „Er hat ja nicht einmal bereut, wenn er wenigstens sein Bedauern ausgedrückt hätte." Ja natürlich, er hätte heucheln können, das ist ja die leichteste Übung. „Oh, wie furchtbar, was habe ich getan in meiner Jugend, in meiner Dummheit, in meiner Verblendung. Was habe ich angerichtet? Oh, was habe ich verbrochen?" Ja, das wäre sehr einfach.

Aber Christian Klar hat schon vor zehn Jahren in der „Süddeutschen Zeitung" gesagt, dass es kein Zurück zum bewaffneten Kampf geben werde, auf keinen Fall. Und im „Spiegel" sagte er, er bedaure das Leid der Familien.

Die arme, beklagenswerte Witwe Schleyer

Ja, die beklagenswerte, greise Witwe von Hanns Martin Schleyer! Die unglückliche Frau. Die Arme.

Meine Mutter war keine zu bedauernde, greise Witwe. Konnte sie auch nie werden. Denn sie wurde zusammen mit Pudl, ihrem Mann, meinem Vater, vergast. So wie fast 100 andere enge Verwandte von uns. Also die Großeltern, Tanten, Onkel, Vettern, Cousinen - alle weg.

Man spricht von der Erbengeneration, zu der gehören wir nicht. Denn alle, von denen wir vielleicht hätten erben können, wurden ermordet. Und haben nichts hinterlassen. Denn alles, was sie vorher hatten, wurde ihnen von den Deutschen geklaut.

Frau Schleyer hatte sicher sehr gute Jahre mit ihrem Mann, für sie gute Jahre. In Lidice, in Böhmen, da führte das junge Paar ein Herrschaftsleben. Er, an führender Stelle als SS-Mann, nicht irgendein SS-Mann, er bekleidete einen Offiziersrang. Er war ein überzeugter und begeisterter Nazi, von Anfang an. Schon als 16-Jähriger. Und blieb dabei.

Er machte eine für ihn sehr schöne Karriere. War an Universitäten, war ein gebildeter Mann. Ab 1934 an der Heidelberger Uni, wo er das NS-Studentenwerk leitete. Er denunzierte seinen Uni-Rektor, weil der nicht geflaggt hatte.

Schleyer war zuständig für die Uni-Gleichschaltung

War zuständig dort und später in Innsbruck für die Uni-Gleichschaltung. Dann leitete er die Reichsgruppe Industrie am Präsidialbüro Böhmen und Mähren. Und, bei alldem was er gelernt hatte, konnte man ihn auch gut nach dem Krieg brauchen. Seine Karriere ging fabelhaft weiter, er wurde Arbeitgeberpräsident und war mit dem Flickkonzern verbunden. So halfen und helfen sich viele tüchtige Leute gegenseitig.

Sein Sohn trauert. Natürlich nicht um den erfolgreichen SS-Mann oder Lohndrücker, sondern um seinen Vater, der vielleicht auch ein guter Vater war. Ich bin nicht dafür, dass man ihn erschossen hat. Aber ich bin dagegen, dass man solche Männer immer weiter hat hochkommen lassen. Dass man ihnen immer weiter zu riesigem Einfluss verholfen und auf höchste Positionen gehievt hat. Ich bin nicht für das Umbringen, auch nicht für das Umbringen eines Schleyers. Aber sehr wohl dagegen, dass man sie in den so genannten Rechtsstaat übernommen hat.

Und wenn wir schon von Mord sprechen, fallen mir auch andere Morde ein, und zwar reichlich. Ich wurde Gerichtsreporterin, um endlich einmal deutlich zu machen, wie das gehandhabt wurde an deutschen Gerichten. Damals. Ich versuchte erst, die Gerichtsreporter zu beeinflussen, die ich jeden Tag in der Zeitung lesen konnte, setzte mich mit denen in Verbindung. Ich dachte, ich könnte etwas ändern an dem, was sie auslassen. Oder falsch beschreiben. Ich wollte in NS-Prozesse gehen, aber die fanden nicht statt. Ich war in Hunderten von Prozessen. Von denen gab es gerade drei, die sich mit Nazis beschäftigten.

„Stute" und „Schindmähre"

So wie im Düsseldorfer „Majdanek-Prozess". Dort standen von 1975 bis 1981 17 ehemalige SS-Angehörige des KZ Majdanek vor Gericht. Am Tag des Urteils im August 1981 sitzt Hermine Ryan, immer noch sehr hübsch und sehr gepflegt, inzwischen Amerikanerin und gut verheiratet, vor Gericht. Russel Ryan, ihr Mann, kann es nicht fassen, was seine Frau verbrochen hat. Was das war? Hermine Ryan, geborene Braunsteiner, Oberaufseherin in den KZ Ravensburg und Majdanek, war ihren Opfern als „Stute" und „Schindmähre" bekannt. Diese Frau, vom Ehrgeiz zerfressen, trug eisenbeschlagene Schaftstiefel, wurde durch Schikanieren, Schlagen und Zertrampeln zur gefürchteten Adjutantin und Meisterin. Vor allem Kinder hatte sie auf dem Kieker. Die galten in dem KZ in der Nähe von Lublin als „nutzlose Esser". Hermine Ryan bestrafte selbst sie mit Schlägen und Hieben. Wenn sich Kinder vor Angst an ihre Mütter klammerten, wurden die Verzweifelten auseinandergepeitscht.

Auch ihre Gehilfin Hildegard Lächert, die „blutige Brygida", ist ihren Opfern unvergesslich. Zeugen erzählten beim Prozess, dass sie zwei Griechinnen in der Latrinengrube im Kot ertränkte. Und einmal peitschte und trat sie einen, der im Garten arbeitete, bis sie ihn zerrissen hatte, bis er nur noch ein Fetzen von einem Menschen war, ein Klumpen Fleisch. Dann befahl sie: „Schafft den Dreck da weg."

Vor Gericht sagte sie: „Wir haben viel Spaß gehabt, wir haben viel gelacht. Wir hatten ein wirklich herzliches Verhältnis, aber wenn eine aufsässig wurde, dann hat sie was auf den Hintern gekriegt." Das Urteil gegen Hermine Ryan: einmal lebenslänglich wegen gemeinschaftlichen Mords in 1181 Fällen und Beihilfe zum Mord in 705 Fällen. Die „blutige Brygida" bekam zwölf Jahre.

Augen mit der Peitsche ausgeschlagen

Ein anderes Urteil aus dem Prozess: Acht Jahre für den „Todesengel" genannten Emil Laurich, SS-Totenkopf. Von ihm hieß es, aus seinen Verhören komme niemand lebend zurück. „Dann zog er die Peitsche kurz an, um die Augen auszuschlagen", sagte ein Zeuge damals aus.

Nächster Angeklagter: Arnold Strippel, SS-Obersturmführer. Er machte Karriere in einigen Konzentrationslagern: auch in Buchenwald und Neuengamme. 1949 wurde er wegen Mordes an 21 Häftlingen zu 21mal lebenslänglich verurteilt, doch der nächste Richter hatte Gnade mit dem Mann und begrenzte seinen Gefängnisaufenthalt. Dafür bekam er eine Haftentschädigung in Höhe von 121.300 D-Mark. Etwa 100.000 D-Mark mehr als überlebende KZ-Häftlinge. Er wurde in Düsseldorf letztlich zu 3,5 Jahren verurteilt.

Die weiteren Angeklagten, drei starben in der Zeit des Prozesses, erhielten je einmal zehn Jahre, sechs Jahre, vier, drei und zwei Jahre. Fünf wurden freigesprochen.

Jetzt geht es um Christian Klar. Bei dem man sich ernsthaft fragt, warum er schon nach 24 Jahren raus will? Nach nur 24 Jahren! Nach allem, was er getan hat. Gefährlich, wie er ist.

Es wird ja immer gesagt, dass die traurige Schleyer-Witwe nicht mal erfahren hat, und auch der Sohn ist darüber unglücklich, dass niemand weiß, wer denn nun genau der Mörder ist. Wir haben auch nie erfahren, wer die Mörder unserer Verwandten waren. Im Grunde ist es auch nicht wichtig.

Aber wofür man hier in der Bundesrepublik bestraft wird, oder nicht bestraft wird, kommt darauf an, wer das Opfer ist. Ist es jemand Angesehenes, Hochgestelltes, Bekanntes, Berühmtes? Oder ist es einfach nur ein Mensch, der auch gerne gelebt hätte?

Artikel vom 29. März 2007
http://www.stern.de/politik/deutschland/:Debatte-Christian-Klar-Wenn-Mord/585933.html

NEWS Magazin

30 Jahre deutscher Herbst

Sendung vom 11.3.2007 von Antenne Münster. Eine Diskussionsendung u.a mit einem Mitarbeiter des Gefangenen Infos.

Zu hören und zum Herunterladen unter **www.freie-radios.net**. Die Sendung hat die Nummer 15913 und ist dort im Archiv zu finden.

Unser Rhythmus gegen ihren Rhythmus

Jean-Marc Rouillan (Gefangener aus Action Directe) im Interview mit der Roten Hilfe – veröffentlicht in der Sonderbeilage der Jungen Welt zum 18.03. (hier in ungekürzter Version) – Teil 1. Der zweite Teil wird in der nächsten Ausgabe veröffentlicht.

Zur Person

Wie ist Deine soziale Herkunft?

Mein Vater war Lehrer, zuerst in einem Dorf und später in einer Mittelstadt im Süden des Landes. Er war Mitglied der Revolutionären Sozialistischen Partei, bevor er sich in der Résistance als Funker engagierte. Später war er an der Volkserziehung beteiligt. Meine Mutter stammt aus einer Familie von Kleinbauern, die der Kommunistischen Partei nahe standen.

Meine Jugend war von den Schlägen gegen den algerischen Befreiungskrieg, faschistischen Attentaten und von gaullistischer Repression geprägt. Bei uns zu Hause trafen sich die linken Militanten unseres Viertels. Ich war also bereits in sehr jungen Jahren in einem Umfeld der Bewegung.

Welche persönlichen Erfahrungen haben Dich zum revolutionären Engagement gebracht?

Im Mai 68 war ich 16. Ich besuchte in Toulouse das Gymnasium und tauchte als Mitglied des CAL in die Bewegung ein (Comités d' Action des Lycéens - Aktionskomitee der Gymnasiasten, eine Basisstruktur, die mit der aufständischen Studentenbewegung verbunden war und in der alle revolutionären Strömungen vertreten waren). Die Ereignisse von Mai, Juni (und der folgenden Monate) haben mich tief beeindruckt und überwältigten mich durch die Möglichkeiten, die sie offenbarten. Man muss sich in diese Periode zurückversetzen. Millionen von Arbeitern besetzten ihre Fabriken. Wir schlugen uns jeden Abend mit der Polizei. Wir haben nicht protestiert, wir bekämpften alle Realitäten der Gesellschaft und in erster Linie die kapitalistische Ordnung bis in ihre Wurzeln. Doch meine politische Bildung war noch unausgereift. Ich lernte in der Menge, am Fuße der Barrikaden und auf Vollversammlungen.

In meinem Innersten hatte ich ein internationalistisches Bewusstsein, das aus der Kritik an den früheren Kolonialkriegen und

aus dem Vietnamkrieg kam. Und ich hatte einen Feind: den bürgerlichen Staat. Ein Staat, der durch die Wiederverwendung von Kollaborateuren (während der Besetzung im Naziregime) und durch eine starke Militarisierung verkommen war. Seit 1945 haben wir niemals Frieden kennen gelernt, Frankreich war im fortwährenden Kriegszustand, in Indochina, in Algerien, in Afrika ... Die Armee gehörte zu den Honoratioren. So inszenierten beispielsweise Militärgerichte weiterhin und ständig politische Repression (die Staatssicherheitsgerichte – Cour de Sûreté de l' Etat). Und binnen zehn Jahren erlebten wir zwei Staatsstreiche: den von General De Gaulle 1958 und den Putsch algerischer Generäle einige Jahre später.

Auf diesem Hintergrund hat mich '68 mit dem Feuer des Antiautoritären und vor allem mit dem Primat der Praxis entflammt: nicht darauf zu warten, dass sich die Dinge von selbst ändern.

Beim derzeitigen Wiedererwachen von Ideologien kleiner Grüppchen darf man das „Anti-Autoritäre" der 68er nicht mit der sektiererischen libertären Ideologie verwechseln.

Das Antiautoritäre war das Hauptmerkmal unserer Auflehnung und zog sich durch die Kämpfe gegen die wachsende ökonomische, finanzielle, politische, kulturelle ... und militärische Macht der Monopole. Das Wort „Befreiung" bekam einen konkreten Sinn.

Durch diese antiautoritäre Haltung haben wir mit dem gebrochen, was wir damals „alte Linke" (Parlamentarier und Revisionisten) und „neue Linke" (den integrierten Gauchismus: grüppchenhaft, legalistisch und pazifistisch) nannten. Wir haben mit der bürgerlichen Art, Politik zu machen, radikal gebrochen.

Die aufständischen Kämpfe in Europa von 1968/69 haben die erste Generation derjenigen, die bewaffnetet gekämpft haben, beeinflusst und kulturell zusammengebracht.

Was waren Deine Gründe zur Anwendung von Gewalt?

Zunächst muss ich etwas Wichtiges präzisieren. Die Umschreibung der Geschichte der Jahre 68/69 will uns in die Irre führen.

Die Vorstellung der RAF und der Weathermen - der bewaffnete Kampf für die gesellschaftliche Transformation - war es, den Krieg dahin zurückzubringen, von wo er ausgegangen war. Der Krieg sollte hierher zurückgebracht werden, um „den internationalen Zusammenhang des revolutionären Kampfes in den Metropolen" klar zu machen. Diese beiden grundlegend miteinander verbundenen Achsen tauchten im Herzen der aufständischen Bewegung auf. Und nicht nachher als ein verurteilungswürdiges „schlechtes Ende". Ab diesem Zeitpunkt wurden bewaffnete Taktiken ausprobiert.

Meine Situation in Toulouse war ein wenig besonders. Wir lebten ganz in der Nähe des francistischen Spaniens, und in unserer Gegend war der bewaffnete Kampf durch die starke Präsenz von Flüchtlingen eine Widerstandspraxis geblieben. Und so habe ich mich nach 68 schnell im Umfeld von Guerillagruppen beteiligt, die gegen die Diktatur gekämpft haben. Zunächst in einer Unterstützergruppe für eine „Arbeiterabspaltung" der ETA (ETA 6te Versammlung), später mit der MIL (Mouvemet Ibérique de Libération – Iberische Befreiungsbewegung), die vor allem in Barcelona und Katalonien operierte.

Und so bin ich '71 über die Grenze, um mich der Guerilla anzuschließen.

Um das etwas genauer zu machen, diese Organisation war durch die Rätevorstellungen der deutschen Partei der 20er Jahre, der KPD, besonders beeinflusst. Gleichzeitig bewahrte sie eine praktische Erinnerung an die kommunistischen und anarchistischen Guerillabewegungen der 40er und 50er Jahre.

Nach der Zerschlagung der Gruppe 1974 kam ich nach Frankreich zurück und gründete mit Ehemaligen der MIL die GARI (groupes d'action révolutionnaire internationalistes – revolutionäre internationalistische Aktionsgruppen), die in verschiedenen Ländern angriffen, um die Unterstützung der europäischen Bourgeoisien für die francistische Diktatur zur Sprache zu bringen und zu versuchen, die Genossen, die von Militärgerichten mit dem Tode bedroht wurden, zu retten.

Studentendemonstration im Mai 1968

Action Directe

Welche Erfahrungen haben zur Gründung von AD geführt?

Wenn sie auch nicht so machtvoll wie in Italien war, so hat auch Frankreich 77/78 seine autonome Revolution mit einem sehr großen Antagonismus junger Arbeiter und Studenten erlebt. Im Zuge dieses Elans, als auch innerhalb der organisierten autonomen Bewegung, drängte sich die Konfrontation auf und es wurde notwendig die verschiedenen bewaffneten Erfahrungen auf diesem Gebiet zu vereinigen.

Jetzt muss ich zwei Dinge präzisieren, um die Gründung von AD zu erklären.

Im Gegensatz zu dem, was Universitäts- und Medienkreise behaupten, stellte das Land bis zu diesem Zeitpunkt ein wahres Laboratorium an radikalen und besonders an bewaffneten Kämpfen dar. Alleine auf Grund der in Kolonialauseinandersetzungen gesammelten Erfahrungen nehmen die französischen Regierenden für sich in Anspruch, Experten in Aufstandsbekämpfung zu sein. Im Übrigen exportierten sie ihr Know-how. Ihre Methoden wurden von Amerikanern in Vietnam angewendet und von südamerikanischen Folterern während der Operation Condor. (Vor drei Monaten gab der US-Militärchef im Irak zu, dass er jeden Tag wieder einige Seiten aus den französischen Handbüchern des Anti-Guerillakampfes lese). Hier verstanden sie es, wirkliche Konfrontationen zu vereiteln und zu entschärfen. Und zu guter Letzt konnten sie die große Mehrheit der Gauchisten und Stadtguerilleros in einen breiten nationalen Konsens zurückführen, in welchem sie das Aufständische gegen ein machtloses Protestlertum eintauschten. Und was noch schlimmer ist: Es ist ihnen gelungen, die Erinnerung an die Kämpfe verschwinden zu lassen.

„Weitergehen, es ist nichts passiert!"

Es ist wichtig daran zu erinnern, wie sehr 77/78 die RAF und die Roten Brigaden mit ihren Aktionen gegen Schleyer und Moro die europäische antagonistische Bewegung beeinflusst haben. Der bewaffnete Kampf war eine machtvolle Realität, die tief in der Bewegung verwurzelt war. Es entstanden zig kleine Widerstandsorganisationen, wie die autonomen Gruppen, die mit den eingefahrenen und pazifistischen Kämpfen brachen.

Die Guerillas haben sowohl Einfluss ausgeübt und als auch sich selbst aus einem breiten illegalen Bewusstsein gespeist, das sich durch die Gesellschaftskritik reproduzierte. Der bewaffnete Kampf stellte eine glaubwürdige Alternative zum falschen Protestlertum und zur tatsächlichen Kollaboration dar, wie sie in den Metropolen zur Schau zelebriert werden, um den „demokratischen" Regimes Glaubwürdigkeit zu verleihen.

In diesem Zusammenhang von Repression und Antagonismus haben sich die Militanten aus GARI und aus zwei Organisationen, die aus der maoistischen Bewegung stammten - die internationalen Brigaden und die NAPAP (Noyaux Armés pour l`Autonomie Populaire – bewaffnete Kerne für die Volksautonomie) – einander angenähert, um AD zu gründen.

Auf welcher politischen Grundlage und mit welchen Zielen fand diese Annäherung statt?

Im Hinblick auf die Zusammensetzung des Proletariats (koloniales Erbe, ein Drittel der Hilfsarbeiter aus der Pariser Region stammten aus den Ländern des Südens) und besonders seiner am stärksten ausgebeuteten und ärmsten Schichten waren wir überzeugt davon, dass keine revolutionäre Organisation eine Politik des Bruches ohne ein praktisches Verständnis dieser Klassenzusammensetzung und ihrer wachsenden Internationalisierung entwickeln könne. Während die traditionellen Gauchisten sich hinter ihrem ewigen Pathos der „nationalen Klasse" verschanzten, ist uns durch Diskussionen und die neue Praxis autonomer Aufstände bewusst geworden, dass ein neues Klassensubjekt aufgetaucht war. In diesen autonomen Aufständen vermischten sich die Prekarisierung junger Proletarier und die Tatsache, dass Kinder der zweiten Immigrantengeneration auf der Bildfläche erschienen waren, miteinander.

Um das an einem Punkt deutlich zu machen: Die ersten Texte der Organisation waren auf französisch und arabisch verfasst und unsere Plakate waren mehrsprachig, darunter arabisch und türkisch. Ich sage das, um zu zeigen, dass wir uns weder als lokale Organisation noch als Avantgarde einer rein französischen Arbeiterklasse verstanden haben. Mehr noch als irgendwo sonst bleiben hier kommunistischer und anti-imperialistischer Kampf eng miteinander verbunden. Und das war in einer Epoche großer Wandlungen des Haupt-Klassensubjektes, vom Fließbandarbeiter (der fordistischen Phase) hin zum transnationalen prekären Arbeiter (der neoliberalen Phase), besonders stark.

Unsere Taktik als kommunistische Guerilla war in erster Linie auf der Gesellschaftsschicht begründet, die durch die harten Tendenzen des Imperialismus: Globalisierung und Prekarisierung in den Vordergrund rückte.

Wir analysierten, dass die Bourgeoisie auf die allgemeine Krise des Nachkriegs-Regulierungsmodells (Welfare-Fordismus) mit einer Gegenoffensive antworten würde. Diese Gegenoffensive zielte in erster Linie darauf, die Haupterrungenschaften von '68 und vorher - der antifaschistischen Volksbewegung der Nachkriegszeit und der erkämpften Entkolonisierung - zu zerstören. Es war der Anfang dessen, was wir „Roll back" nannten. Die Überwindung der Krise des Modells beruhte einerseits auf einem Kräfteverhältnis, das sich zugunsten der imperialistischen Bourgeoisie entwickelt und sich vor allem weltweit ausgebreitet hatte (Aufbrechen nationaler Schranken sowohl der Länder des sowjetischen Blocks als auch der fortschrittlichen Länder, Auslagerungen, der Verstaatlichung von Rohstoffen ein Ende setzen und die freie Kapitalzirkulation durchsetzen ...); andererseits beruhte sie auf der intensiveren Ausbeutung der weltweiten Arbeit (soziale Deregulierung, intensive Ausbeutung, Flexibilität, Zerstörung sozialer Errungenschaften, Verstärkung des Drucks durch eine Reservearmee von Arbeitslosen ... im Herzen einer großen Proletarisierung in den Ländern des Südens ...). Als Marxisten wissen wir, dass die Ausweitung von Globalisierung und Prekarisierung die ersten Vorboten für die Wiederherstellung der Profitrate sind. Und von Anfang an stellte dies das Hauptziel der globalisierten amerikanischen neokonservativen Umwälzung dar.

Ich meine, dass diese Erklärung schon wichtig war, da wir unter bestimmten Bedingungen aufgetaucht sind. Für Revolutionäre gibt es weder eine ein für alle Mal gültige Methode noch Taktik, sie entsprechen immer einem historischen Moment, dem Zustand des Klassenwiderspruchs und den allgemeinen Widersprüchen, die die jeweilige Epoche beherrschen. Wir konzentrierten uns ab der Entstehung von AD auf zwei Linien, die eng miteinander verwoben waren und die sich in zwei Parolen klar ausdrückten: „Ausgehend von den Fabriken und Stadtvierteln

Solidaritätskundgebung mit den Gefangenen aus AD im Februar 2007

Nathalie Ménigon: Gericht will am 25. April die Entscheidung bekannt geben

Bei der Verhandlung über Videokonferenz am 2. April, bei der Nathalie Ménigon vor dem „Antiterrorismus-Richter" erschienen war, deutet alles auf Ablehnung des Antrages hin (sie sei zu krank, um mit ihrer körperlichen Beeinträchtigung arbeiten zu können - eine Voraussetzung zur Freilassung auf Bewährung).

Delegation übergab Petition

Eine Delegation aus 19 Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft versuchte in Begleitung der Kollektive Défense Active, Libérez-les und Ne laissons pas faire im Justizministerium vorzusprechen, um eine Petition mit 6500 Unterschriften abzugeben, in der die Freilassung der Militanten aus Action Directe gefordert wurde.

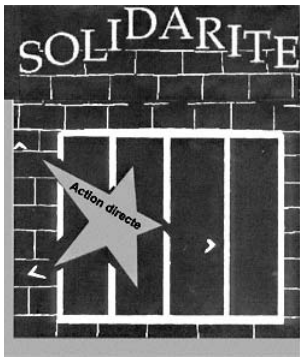
Die Polizei verwehrte dieser als äußerst subversiv eingeschätzten Delegation den Zugang zum Place Vendôme. Schließlich wurde fünf gewählten Abgeordneten der Alternativen, der KPF und der Grünen als auch Madame Aubron erlaubt, die imposante Absperrung zu überwinden. In der Eingangshalle des Ministeriums wurden sie von einem Beamten, der sich nicht vorstellte, „empfangen" und gaben die Petition ab, ohne dass sich ein Repräsentant des Ministeriums herbemüht hätte.

In einer allgemein repressiven Stimmung wird Nathalie Ménigon am 2. April über Videokonferenz aus dem Gefängnis von Bapaume vor dem Antiterrorismusrichter erscheinen. Filipe Bidard und Brigitte Mohnhaupt sind vor Kurzem freigelassen worden. Eine Ablehnung bei Nathalie würde den besonderen Rachedurst gegenüber den Militanten aus Action Directe zum Ausdruck bringen.

Paris, 29. März 2007, Collectif Nlpf !

Zusammensetzung der Delegation: Madeleine Aubron; Catherine Ballestero, MRAP ; Jean-Pierre Bastid, Schriftsteller; Olivier Besancenot, Kandidat der Präsidentschaftswahl, LCR ; Armonie Bordes, ehemalige Europaabgeordnete, LO ; Catherine Gegout, Stadträtin von Paris, PCF ; Jimmy Gladiator, Schriftsteller ; Dominique Grange, Sängerin; Yves Fremion, Regionalrat der Ile-de-France, die Grünen; Jacques Gaillot, Droits Devant!! ; Georges Labica, Philosoph ; Gilles Lemaire, Ex-Sprecher der Grünen ; Henri Malberg, Justizkommission der KPF; Pierre Mansat, Stadtrat von Paris, KPF; Mireille Mendes France, Frantz Fanon Stiftung ; Jean-Francois Pellissier, Gemeinderat l Paris 13e, Die Alternativen; Yves Salesse, Kopernikusstiftung ; Mylene Stambouli, Rechtsanwältin und beigeordnete Bürgermeisterin von Paris, die Grünen; Philippe Tancelin Mitglied der Universtität, Dichter.

die kommunistische Organisation aufbauen“ und „mit den Revolutionären der drei Kontinente die anti-imperialistische Front aufbauen“. Man kann kein Kommunist sein, ohne konkret gegen den Imperialismus zu kämpfen, und man kann nicht grundlegend gegen den Imperialismus vorgehen, ohne Kommunist zu sein.



Ich muss hier gleich präzisieren, dass wir unter anti-imperialistischem Kampf weder irgendeine Haltung oder Diskussionen von hohlen Erklärungen verstanden noch irgendwelche Positionen, die auf Prinzipien oder Unterstützung anderer Kämpfe beruhten. Unser Kampf bestand darin, nicht nur gegen die imperialistische Politik unserer „eigenen Metropolenbourgeoisie“ zu kämpfen, sondern auch konkret an der Seite der Revolutionäre des Südens gegen den gemeinsamen Feind zu handeln: das internationale Kapital.

Die Taktik, die zur Entwicklung der Front und zum Prozess der Einheit der Guerilla in Westeuropa führte, zielte unter den gegebenen historischen Umständen darauf ab, die Restrukturierung und die imperialistische Rekonstruktion um jeden Preis zu sabotieren und aufzuhalten.

Natürlich konnten die Guerillas ein solches Ziel weder alleine noch lokal begrenzt erreichen. Wir orientierten uns also darauf, gemeinsam mit der Bewegung im geostrategischen Raum der neuen Klassenherrschaft zu handeln, das hieß in den verschiedenen imperialistischen Staaten (die von der neoliberalen Deregulierung umgewandelt worden waren), aber auch gleichzeitig im europäischen und mediterranen Rahmen, in dem die Kräfte der Bourgeoisie und ihr Herrschaftswille zusammentrafen.

Von da ausgehend hofften wir, dass wir in die Lage zu kommen, die Front der Hauptkräfte der revolutionären Bewegung mit einem einzigen Schwung anzustoßen. Und damit uns das gelingen konnte, mussten wir uns konkret auf das neue Klassensubjekt stützen: das prekäre Proletariat. In Verbindung mit dem prekären Proletariat wäre jeder lokale Antagonismus in dem neuen Raum der Kontinentalisierung und der Globalisierung gestärkt worden.

Indem wir diese beiden Orientierungen entwickelten (an denen sich die Haupttaktik in den 80er Jahren abspielte) hatten wir eine Chance, die Ausbreitung und die Konsolidierung des neuen Regulationsregimes wirkungsvoll zu verzögern. Wir zielten darauf ab, die allgemeine Krise des Systems (zu deren Lösung die Restrukturierungen und Ausweitung hätten dienen sollen) durch Gegenschläge weiter zu verschlimmern, und hofften, dass sie sich in eine revolutionäre Krise verwandeln würde.

Unglücklicherweise rollte die Dampfwalze der neokonservativen Umwälzung über uns hinweg, so wie sie es weltweit mit allen fortschrittlichen und revolutionären Kräfte getan hat. Wir haben den bitteren Geschmack der Niederlage kennen gelernt. Wir, die Guerilla, aber auch die Bewegung in ihrer Gesamtheit.

Wenn man die Niederlage deutlich vor Augen hat, kann man sie unmöglich leugnen. Die Gesamtheit der aktuellen Politiken (ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen) sind von dieser Niederlage noch tief geprägt. Es gibt keine Guerilla mehr und die Bewegung ist, was sie ist.

Es gibt jedoch verschiedene Arten, mit der Niederlage umzugehen. Einige haben alles über Bord geworfen, andere sind mehr oder weniger offen ins Kielwasser des Protestlertums und des traditionellen Gauchismus zurückgekehrt. Noch ist kein Ende des Zurückweichens und des Aufgebens in Sicht. Überall gewinnt die Vorsicht die Oberhand, und das, obwohl zur Zeit Beherztheit notwendig wäre, um aus der Defensive in die Offensive zu kommen. Niemand traut sich, radikale Wege auszuprobieren, um auf die allgegenwärtige Reaktion eine passende Antwort zu geben, die zu einem revolutionären Bezugspunkt für die am stärksten ausgebeuteten und unterdrückten Schichten werden könnte. Niemand traut sich, hier konkret neue Praxis mit dem internationalen Antagonismus zu verknüpfen, der im Nahen Osten, in Lateinamerika... und in allen kompradisierten (Anm.: vom Imperialismus eingesetzte Marionettenschichten) Peripherien wieder entsteht.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Bericht vom Kongress in Berlin zum „18. März – Internationaler Tag der politischen Gefangenen“

„Wer sich seiner Gefangenen nicht annimmt, kann sich seiner Zukunft nicht annehmen“

Am 18. März 2007 wurde im Berliner Stadtteil Kreuzberg im Statthaus Böcklerpark ein internationaler Kongress vom „Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen“ und der „Roten Hilfe International“ veranstaltet.

Der 18. März, der bis 1922 als „Tag der Pariser Kommune“ begangen wurde und 1922 von der Kommunistischen Internationalen auf dem IV. Weltkongress als „Internationaler Tag der politischen Gefangenen“ verkündet wurde, war der Anlass, sich dieser Tradition anzunehmen und in der gegenwärtigen Zeit auf die Notwendigkeit der nationalen und internationalen Organisierung hinzuweisen. In diesem Sinne erklärten die SprecherInnen des Netzwerkes Freiheit für alle politischen Gefangenen auf dem Kongress die Beweggründe für die Veranstaltung und begrüßten die rund 300 BesucherInnen des Kongresses. In der kurzen Einleitungsrede wurde darauf hingewiesen, dass das Netzwerk am 18. März 2006 auf der Internationalistischen Konferenz in Berlin gegründet wurde und sich zum Ziel gesetzt habe, die Anti-Repressionsarbeit und die Solidaritätsarbeit mit den politischen Gefangenen zu stärken. (...)

Im ersten Teil des dreiteiligen Kongresses wurde die erste Rede von der CCCPSRI [Genossinnen und Genossen für den Aufbau der Roten Hilfe in Italien] gehalten, in der über die Repressionswelle in Italien am 12. Februar 2007 berichtet wurde und erzählt wurde, dass die Verhafteten größtenteils in Fabriken gearbeitet hätten und in den Sozialen Zentren aktiv waren. Die CCCPSRI, die ebenfalls auf die Staatsrepression einging, erklärte, dass sie die politischen Gefangenen praktisch unterstützen würde und dass sie mit der Roten Hilfe International zusammenarbeiten würde.

(...) [Danach] berichtete die in Athen ansässige Journalistin Heike Schrader über die politischen Prozesse gegen Gefangene aus der „Revolutionären Organisation 17. November“ und ging auf die Staatsrepression in Griechenland ein. Schrader, die ebenfalls auf die Haftbedingungen der 17N Gefangenen aufmerksam machte, erklärte im Anschluss an ihre Rede, wie die Gefangenen unterstützt werden können.

Als dritter Redner des ersten Blocks unterstrich ein palästinensischer Genosse mit Zahlen und Fakten die Situation in den israelischen Gefängnissen und machte auf die über 9.000 politischen Gefangenen aufmerksam. Er erklärte, dass sich unter diesen Gefangenen auch welche aus anderen Ländern des Nahen Ostens befinden würden. Anschließend verdeutlichte er mit weiteren Zahlen die Situation des palästinensischen Volkes und schlug anhand des 18. April, dem Solidaritätstag mit den palästinensischen Gefangenen, vor, wie die palästinensischen Gefangenen unterstützt werden können.

Im Anschluss sprachen Vertreter der baskischen Jugendorganisation SEGI über die Repression in Spanien und erklärten, dass SEGI vor zwei Wochen auf die „Terrorliste“ gesetzt worden sei. Die Vertreter von SEGI, die sagten, dass ihre Organisation auf die „Terrorliste“ gesetzt wurde, weil sie einen Kampf für Unabhängigkeit und Sozialismus führten, sich rund 300 Jugendliche BaskInnen in Gefängnissen seien, stellten die Perspektiven und Strategien der Organisation vor.

Am Ende des ersten Teils wurde eine Erklärung hinsichtlich des in der Slowakei ein-

sitzenden Mario Bango verlesen und ein Aufruf zur Prozessbeobachtungsdelegation in die Türkei wegen der im letzten September in der Türkei Verhafteten verlesen. (...)

Der zweite Teil des Kongresses begann mit der Rede eines Schweizer Vertreters der Roten Hilfe International. Die Organisation, die alljährlich eine Arbeitskonferenz in Basel durchführt und damit die Organisierung der Internationalen Roten Hilfe beabsichtigt, berichtete über die Ergebnisse der letzten Konferenz in Basel im November 2006. (...) Die Rede wurde mit der Parole „Solidarität aufbauen – Kapitalismus zerschlagen" beendet.

Im Anschluss machte die Vertreterin der Internationalen Plattform gegen Isolation [IPAI) eine Rede und ging auf die weltweite Repression anhand der Isolationspolitik in ihren verschiedenen Formen ein. Sie betonte, dass zum Beispiel in Belgien die Gefangenen aus den DHKP-C Prozessen aufgrund der Kollaboration zwischen den Staatsapparaten der Türkei und Belgiens eingesperrt wurden und dass Belgien ebenfalls seine Anti-Terror-Gesetze erweitert habe. Die IPAI-Vertreterin erwähnte ebenfalls die Verhaftung von Revolutionären aus der Türkei, die in der BRD gefangen sind und mit Hilfe des Anti-Terror-Paragrafen 129b wegen Mitgliedschaft in der DHKP-C verurteilt werden sollen. Die IPAI-Vertreterin ... erklärte dass ein gemeinsamer Kampf notwendig sei.

Im dritten Beitrag berichtete der Vertreter des „Anti-G8-Bündnisses für eine revolutionäre Perspektive" vom G8-Gipfel ... (siehe Beitrag in dieser Ausgabe)

Den letzten Beitrag des zweiten Teils lieferte Prof. Dr. Heinrich Fink; er ging auf die Situation und mögliche Freilassung des RAF-Gefangenen Christian Klar ein. Fink, der bereits im Januar 2007 auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin gesprochen und eine Botschaft Klars verlesen hatte, woraufhin eine Medienhetze des deutschen Staates begann, erklärte dass sich dieser Angriff gegen alle richte. Fink, der im Verlauf seiner Rede ständig von Applaus begleitet wurde, fragte hinsichtlich Schleyer, der von der RAF damals hingerichtet worden war, dass von Christian Klar eine Entschuldigung bei der hinterbliebenen Schleyer erwartet werde und warum Schleyer sich niemals bei den ... Juden entschuldigt habe, die in den KZs gestorben waren.

Nach der Rede von Fink machte das Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen einen Aufruf, um sich für die Freiheit der Gefangenen aus der RAF in Bewegung zu setzen. (...)

Nach einer kurzen Pause begann der dritte Teil mit der Rede des Istanbul TAYAD Vorsitzenden Mehmet Güvel, der die Grüße der revolutionären Gefangenen aus der Türkei übermittelte. Mehmet Güvel ... berichtete, dass er sich selbst während des Angriffs vom 19. Dezember 2000 im Ümraniye Gefängnis befand, und versuchte zu verdeutlichen, dass es die Bündnisse gegen die Isolation gewesen waren, die dazu geführt hatten, dass der Staat einen Schritt zurück wich und der Todesfastenwiderstand enden konnte. Mehmet Güvel erklärte, dass man sich verbünden müsse, und unterstrich, dass auch die Ergebnisse eines solchen Kongresses dazu dienen müssten, zusammenzukommen. Nach seiner Rede verlas Mehmet Güvel eine Botschaft aus der Türkei von Gülcan Görüroglu und Behic Asci: „...Wir haben in diesen 7 Jahren sehr viel erlebt, gesehen und gelernt. Insbesondere lernten wir, uns einen Aufopferungsgeist anzueignen.

Dieser Geist steht für Überzeugung, Liebe, Hoffnung, Vertrauen, Mut und Aufrichtigkeit. Er steht für Willenskraft und Würde, welche aus diesen besonderen Bedingungen hervorgingen. Wir sind überzeugt, dass diese Würde und die Praxis, die uns unsere 122 Menschen gelehrt haben, weiterhin ein Nährboden für unser Bewusstsein und unsere Herzen sein werden. Mit diesen Emotionen möchten wir Euch erneut umarmen und unsere innigsten Grüße übermitteln. Mit revolutionären, herzlichen Grüßen, Gülcan Görüroglu und Behic Asci."

Nach der Rede des TAYAD Vorsitzenden verlas ein Todesfastenveteran eine kurze Botschaft an den Kongress und rief zur Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF auf. Er betonte, dass die Errungenschaften in der Türkei gemeinsam ausgebaut werden müssten und beendete seine Rede mit den Worten „Wer sich seiner Gefangenen nicht annimmt, kann sich seiner Zukunft nicht annehmen".

Als zweite und dritte Redner des Kongresses waren die französische NLPF und die Rote Hilfe Frankreich an der Reihe. Der Vertreter der NLPF schilderte die Situation der seit 20 Jahren in Frankreich inhaftierten Action Directe Gefangenen und informierte über die Kampagnen und Aktivitäten in Frankreich für die Befreiung der Gefangenen aus der Action Directe. Der Vertreter der Roten Hilfe Frankreich hingegen erzählte über die Situation des seit 1982 in Frankreich Gefangenen Georges Ibrahim Abdallah und unterstrich, dass er weiterhin nicht freigelassen werde, weil er keine Reue zeige.

Jürgen Heiser, der über die Situation von Mumia Abu-Jamal berichten wollte, welcher sich in den USA in der Todeszelle befindet, konnte sich am Kongress nicht beteiligen, wodurch eine Erklärung von Jürgen Heiser verlesen wurde. Im Anschluss sprach ein Vertreter der Gruppe Freiheit für Mumia über die rechtliche Situation des Falles Mumia und klärte über die geplanten Aktionen und Aktivitäten auf. Danach verlas das Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen einen Aufruf hinsichtlich Mumia Abu-Jamal und erklärte, dass es nun wichtig sei, eine starke Einheit aufzubauen.

Gegen Ende des Kongresses wurde die von dem Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen und der Roten Hilfe International angefertigte Schlussdeklaration verlesen, welche von den TeilnehmerInnen des Kongresses akzeptiert wurde.

Der Kongress, auf dem aufgrund der aktuellen Hetzkampagne in der BRD ein Fotografierverbot bestand, endete mit einer Gedenkminute für die Gefallenen der Revolution.

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen)Aus Platzgründen gekürzt)

Redebeitrag

des Anti-G8-Bündnisses für eine revolutionäre Perspektive auf der Internationalen Konferenz

Wir haben uns als Aktionsbündnis zusammengeschlossen, um gemeinsam auf antiimperialistischer, internationalistischer und klassenkämpferisch-antikapitalistischer Grundlage gegen die G8 Anfang Juni in Rostock-Heiligendamm zu mobilisieren.

Ausgesperrt – eingesperrt. Hier in Heiligendamm sperrt der Zaun die Kritiker aus, anderswo ein.

Neben der Beteiligung an den Aktionen am antimilitaristischen Aktionstag gegen den von der NATO genutzten Flughafen in Rostock-Laage wird es auch Blockadeaktionen und Internationale Camps mit einem Sternmarsch nach Heiligendamm geben. Das Bündnis mobilisiert vor allem zum zentralen Aktionstag, zur Internationalen Großdemonstration am 2. Juni in Rostock. Dort soll es auf der Demoroute in der Innenstadt ab Hauptbahnhof einen großen internationalistischen und antikapitalistischen Block geben. Für eine internationalistische Mobilisierung ist das Bündnis unter anderem im Gespräch mit den GenossInnen des Antiimperialistischen Netzwerks im Europäischen Sozialform, wo z.B. türkische, baskische oder kolumbianische Gruppen sowie Gruppen aus weiteren Ländern vernetzt sind, oder mit GenossInnen, deren Organisationen diese Konferenz hier organisieren.

Wie aus anderen Ländern bekannt, stört es die Herrschenden mächtig, wenn die Linke an einem Strang zieht und anlässlich von Gipfeltreffen der Herrschenden Zehntausende Menschen gegen die neoliberale Globalisierung mobilisiert. Die Herrschenden igeln sich bereits jetzt ein. Sie haben nicht nur die Rote Zone um den Tagungsort an der Ostsee bis knapp vor Rostock erweitert und eine G8-Sondereinheit – die sog. „Kavala“ – als zuständiges Polizei- und Sicherheitsorgan in Zusammenarbeit mit Interpol – eingerichtet. Auch die Repression im Vorfeld wird vorbereitet.

So lancierte Bundesinnenminister Schäuble von der CDU mit Blick auf den G8-Gipfel in Deutschland, man müsse bei G8 nicht nur den islamistischen Terror berücksichtigen, sondern auch den der so genannten Linksextremen. Schäuble behauptete in einem Artikel in der Springer-Zeitung „Die Welt“ vom 14. Januar in einem Interview mit der Überschrift „grenzenlose Polizeiarbeit“: dass sich der so genannte Linksextremismus im Vorfeld der G8 sogar mit der spanischen ETA oder der kolumbianischen FARC vernetzen würde, um nach Rostock zu mobilisieren.

Diese Behauptungen zielen einzig und allein darauf, die internationale Solidarität zum Beispiel bei der Arbeit für die Freiheit der Gefangenen zu kriminalisieren. Es ist außerdem der Versuch, den bereits eingeführten Paragraph §129b auch praktisch umzusetzen.

Das läuft wie bei Christian Klar, Gefangener aus der RAF, dessen Rede von der Rosa-Luxemburg-Konferenz analysiert wurde. Daraus wurde herausgelesen, dass Christian weiterhin konsequent gegen die kapitalistische Globalisierung eintritt und somit nicht aus der Haft entlassen werden könne.

In der Pressemeldung von United Press International vom 5. März, in der Aussagen des Verfassungsschutz-Chefs Fromm verwendet werden, entstand daraus die Behauptung, – und jetzt ins Deutsch übersetzte Zitate daraus - dass „Deutschlands bekannteste antikapitalistische Terrorgruppe, die Rote Armee Fraktion“, sich zwar vor sieben Jahren aufgelöst hat, dass aber Beobachter davor warnen würden, dass „Reststrukturen der RAF“ auf den Plan treten könnten, um militante Aktionen während des G8 Gipfels „zu planen“.

Und genauso „systematisch“ (systematisch in Anführungsstrichen) werden die Aufrufe der Anti-G8-Mobilisierung ausgewertet. Auch hier kam heraus, dass zum Beispiel das Bündnis für eine revolutionäre Perspektive für eine Überwindung des Imperialismus und Kapitalismus eintritt. Da hat wohl jemand von der teuer bezahlten Sondereinheit Kavala die Aufrufe auch gründlich gelesen.

Wir können diese Analyse nur bestätigen, auch wir treten konsequent für diese Ziele ein: Überwindung des kapitalistischen Systems und für internationale Solidarität gegen die neoliberale Globalisierung.

Welche Stilblüten die Kaffeesatzleserei des Sicherheitsapparates derzeit treibt, zeigte sich unter anderem bereits im Vorfeld der Anti-WEF-Mobilisierung von Davos und der Anti-NATO-Mobilisierung von München. In München wurden Wohnungen, linke Projekte und Druckereien durchsucht sowie Computer beschlagnahmt. Wegen eines Blockadeaufrufes gegen den G8. In diesem Aufruf wird für eine vielfältige Blockadekultur plädiert, also auch Sitzblockaden. Welche Gefahrenanalyse den Worten „Block G8“ zugrunde liegt, darüber können wir nicht ernsthaft spekulieren.

Ein weiteres Beispiel für die Versuche der Vorfeld-Repression war zum Beispiel die kurzfristige Sperrung eines Spendenkontos eines weiteren internationalistischen Anti-G8-Bündnisses. Oder zum Beispiel die Durchsuchung und Personalienkontrolle von Camp-AktivistInnen, die eine Grundstücksbesichtigung machten. Und dies, obwohl sich die Camp-AktivistInnen in direkten Verhandlungen mit den Behörden – beziehungsweise mit der Kavala – befinden - für die Einrichtung von Camps und somit Schlafmöglichkeiten für die zu erwartenden Demonstranten und Demonstrantinnen.

Klar ist hier, es geht nicht um ihre wirren Sprach-Analysen von Aufrufen, sondern der Sicherheitsapperat bastelt sich willkürlich seine zusammenkonstruierten Anlässe, um die Linke hier bereits im Vorfeld zu kriminalisieren und einzuschüchtern.

Einige Sicherheitsgesetze in der Region Mecklenburg-Vorpommern, wo der G8-Gipfel stattfinden wird, wurden schon vor ein paar Monaten verschärft. Neue Sicherheits-Technik für die ansonsten wirtschaftsarme Region wurde angeschafft, wie z.B. Aufzeichnungsgeräte, welche Autokennzeichen und Gesichter systematisch auswerten können.

Ein kilometerlanger Sicherheitszaun weit um den Tagungsort herum wurde bereits aufgestellt. Und die Sondereinheit Kavala hat ein komplettes Medienzentrum aufgebaut, in dem Tausende Internetseiten, Aufrufe, Zeitungsartikel und natürlich Personendaten gespeichert und ausgewertet werden. Von hier aus werden die Medien im Vorfeld gefüttert und manipuliert.

Bereits im Vorfeld der Anti-G8-Proteste laufen hier in der BRD Aktionswochen und Gipfelproteste in den umliegenden Großstädten.

Hier in Berlin ist nächste Woche eine Großdemonstration gegen den EU-Gipfel, und am 1. Mai wird es in Berlin-Kreuzberg anlässlich des 20. Jahrestags des Kreuzberger Aufstands von 1987 wie auch in anderen Städten größere Revolutionäre 1. Mai Demonstrationen geben, die sich in diesem Jahr auch als Bestandteil der Anti-G8-Mobilisierung begreifen.

Und in Hamburg am 28. Mai, wo es einen EU-/ASEAN-Gipfel gibt, oder in Potsdam (das liegt in der Nähe von Berlin), wo die US-Außenministerin Condolezza Rice und ihre Kollegen der anderen G8-Staaten am 30. Mai im Schloss Cecilienhof residieren werden, formiert sich der Protest.

Bei der Anti-G8-Mobilisierung dürfen wir die Gefangenen nicht vergessen, die schon lange wegen ihres Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung in den Knästen sitzen, aber auch nicht die Gefangenen, die in den Todestrakten der USA sitzen oder im Zuge der weltweiten Kriege der USA mit Hilfe der EU-Staaten z.B. in Guantanamo interniert sind.

Daher rufen wir alle auf, gemeinsam eine internationalistische und antikapitalistische Mobilisierung gegen die G8 voranzutreiben und in Rostock mit dem Internationalistischen Block ein deutliches Zeichen der Internationalen Solidarität zu setzen.

In diesem Sinne!
Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!
Hoch die Internationale Solidarität!
Anti-G8-Bündnis für eine revolutionäre Perspektive

HEUTE SCHON AN MORGEN DENKEN ...

Vom 6.-8.Juni 2007 findet in Heiligendamm der diesjährige G8-Gipfel statt. Es ist notwendig, daß schon jetzt im Vorfeld des G8-Gipfels die Linke an die kommende Repressionswelle denkt und Spenden für die anstehende Antirepressionsarbeit sammelt. Die Rote Hilfe geht allein für Prozeßbetreuungen von einer fünfstelligen Euro-Summe aus. Es bedarf daher in der Solidaritätsarbeit einer gemeinsamen Anstrengung der gesamten Linken!

Rote Hilfe e.V. + Konto 191 100 462
BLZ 440 100 46 + Postbank Dortmund
Stichwort: "G8 Gipfel Heiligendamm"

Rote Hilfe e.V.
Bundesvorstand
Postfach 3255
37022 Göttingen
www.rote-hilfe.de

Demonstration für die Freilassung von Sakine Cansiz am 31.3. in Hamburg (Bild: B.W.)

Kurdische Politikerin Sakine Cansiz in Hamburg festgenommen

Türkei begehrt Auslieferung

Die Versuche der türkischen Strafverfolgungsbehörden, mit Hilfe des internationalen Haftbefehls die Auslieferung von politisch Verfolgten aus Deutschland in die Türkei Haftzum Zweck der Strafverfolgung zu erreichen, reißen nicht ab. So wurden am Abend des 19. März die kurdische Politikerin Sakine Cansiz und ihre Begleiter von einem 15-köpfigen Polizeiaufgebot in einem portugiesischen Café in Hamburg festgenommen und in Handschellen abgeführt. Die aus Dersim (türkisch: Tunceli) stammende Kurdin war aufgrund ihres Engagements für die kurdischen Interessen in der Schreckenszeit nach dem Militärputsch 1980 für 12 Jahre in türkischer Haft, aus der sie 1991 entlassen wurde.

1998 erhielt sie politisches Asyl in Frankreich.

Gegen Sakine Cansiz besteht laut Haftbefehl des Staatssicherheitsgerichts in Malatya vom September 2002 der Verdacht der „Zugehörigkeit zu einer terroristischen Organisation“, was nach türkischem Recht mit einem Höchststrafmaß von 22 Jahren und 6 Monaten Freiheitsstrafe bedroht wird. Sie soll als Hauptverantwortliche des KADEK bzw. der PKK im Jahre 1993 an einer Guerillaausbildung teilgenommen haben, ein Jahr später im Lager Mahsum Korkmaz in Syrien tätig gewesen sein sowie 1998 drei Monate lang dort Aktivistinnen ausgebildet haben. Ferner sei sie Mitglied des PKK-Zentralkomitees und der „Frauenliga Kurdistans“ gewesen.

Nach Auffassung des Hanseatischen Oberlandesgerichts, das auf Ersuchen der türkischen Justizbehörden den Haftbefehl gegen Sakine Cansiz ausgestellt hat, handelt es sich in ihrem Fall um eine „auslieferungsfähige Straftat“, womit die Auslieferung der Verfolgten „grundsätzlich zulässig“ sei. Dies auch, „weil die PKK in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Unterstützung strafbar“ ist.

Bisher haben in allen uns bekannt gewordenen Fällen die Senate von Oberlandesgerichten die Auslieferung von politisch Verfolgten in die Türkei wegen eines bestehenden Auslieferungshindernisses für unzulässig erklärt. In der Regel gebe es beachtliche Beweisanzeichen dafür, dass im Falle der Auslieferung solchen Personen politische Verfolgung drohe – bis hin zu Misshandlung oder Folter bei zu erwartenden Ermittlungsmaßnahmen. In dem der von der Türkei eingeleiteten Reformprozess seien eher Rück- als Fortschritte festzustellen, so dass nach wie vor von einer Gefährdungslage bei einer Auslieferung ausgegangen werden müsse. Außerdem genügten die von den türkischen Behörden vorgelegten Unterlagen hinsichtlich der behaupteten Tatzeit, des Tatortes oder der Tathandlung in keiner Weise dem europäischen Rechtsstandard.

Azadî verurteilt das Vorgehen der türkischen Strafverfolgungsbehörden aufs Schärfste und appelliert an das zuständige Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg, eine kritische Haltung hinsichtlich der Folgen einer möglichen Auslieferung in die Türkei einzunehmen und das vorliegende Ersuchen der türkischen Justizbehörden für unzulässig zu erklären und den Haftbefehl gegen Sakine Cansiz aufzuheben. *(Azadi)*

Freiheit für Mustafa Atalay!

Am 31. März fand eine Kundgebung für Mustafa statt, die getragen wurde von Tayad, dem Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen, und von der Ortsgruppe Hannover der Roten Hilfe unterstützt wurde.

Über 30 überwiegend türkische Menschen waren aus Berlin, Hamburg und Hannover gekommen.

Am 15. November 2006 veranlasste die Bundesanwaltschaft die Festnahme von Mustafa Atalay während seiner Behandlung im Rehabilitationszentrum in Bad Bevensen. Festgenommen wurden 3 weitere Männer. Vorgeworfen wird ihnen „Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ (§ 129a und des § 129b). Die Verhaftungen basieren auf Aussagen eines Polizeispitzels. Am 28. November wurden in gleichem Zusammenhang in verschiedenen Städten 59 Wohnungen, Büros und Vereine durchsucht. Wir berichten in der Ausgabe 319 darüber.

Mustafa Atalay, ein linker Journalist, war wegen seiner Gesinnung fast 20 Jahre im Gefängnis weggesperrt. Er wurde während dieser Zeit unzählige Male gefoltert und leidet heute aufgrund dieser Folter an ernsthaften gesundheitlichen Problemen wie einer kaputten Wirbelsäule und posttraumatischen Störungen. Aufgrund seines Kampfes für Demokratie war er am 12. September 1980 während des Militärputsches der Nato in der Türkei verhaftet worden.

In der Bundesrepublik Deutschland war Mustafa Atalay polizeilich gemeldet und unter anderem wegen Aufenthaltsangelegenheiten den zuständigen Ämtern wohlbekannt. Er hatte einen festen Wohnsitz und aufgrund seines Gesundheitszustandes war er immer wieder in Behandlung.

Mustafa Atalay ist 50 Jahre alt, er befand sich wegen einer schwierigen Bypassoperation im Krankenhaus. Etwa zwei Wochen

nach seiner Operation, noch in der notwendigen Rehabilitations- und Behandlungszeit, wurde er von Beamten des Bundeskriminalamt verhaftet.

Nach seiner Verhaftung wurde Mustafa Atalay in eine Einzelzelle der JVA Hannover gesperrt und befindet sich auf der Sicherheitsstation in Isolationshaft. Er hat folglich keinen Kontakt zu anderen Gefangenen. Verständigen kann sich nur auf Türkisch und in gebrochenen Englisch.

Der erste Besuch ist erst nach zwei Monaten genehmigt worden, und er hatte bisher insgesamt nur zwei innerhalb von 5 Monaten. Weitere Anträge bleiben entweder unbearbeitet, werden auf die lange Bank geschoben oder verboten. Die Besuche müssen mit dem BKA abgesprochen werden und finden mit Trennscheibe und unter polizeilicher Überwachung statt.

Zensur: Gewisse linke türkische Zeitschriften erhält er nicht, obwohl sie in der Bundesrepublik und selbst in der Türkei erlaubt sind.

Morgens um 6 Uhr wird er zum Einzelhofgang gezwungen, den er aber wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes nicht wahrnehmen kann.

Selbst die medizinische Abteilung der Anstalt befürwortet auf Grund eines Gutachtens wegen posttraumatischen Störungen die Verlegung Mustafas entweder in die Anti-Foltereinrichtung in Berlin oder in das Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt Hamburg.

Die verantwortlichen Stellen lehnen dies aber ab. Deshalb fordern wir, dass Mustafa raus aus dem Gefängnis und in eine Einrichtung kommen muss, die seine gesundheitliche Rehabilitation garantiert.

Mustafa muss sofort aus den Knast, um sich gesundheitlich zu rehabilitieren!

Vorwurf des „versuchten Totschlags" gegen den Antifaschisten Matthias Z. fallengelassen

Antifaschist Matthias Z. aus der Untersuchungshaft entlassen

Heute, am 23.3, entschied ein Richter des Landgerichts Berlin: Unser Freund und Antifaschist Matthias Z. ist nicht länger vor der Schwurgerichtskammer Berlin wegen versuchten Totschlags angeklagt und die Untersuchungshaft wird außer Vollzug gesetzt.

Die zweifelhaften Aussagen zweier stadtbekannter Neonazis und ein Foto aus ihrer „Anti-Antifa-Kartei" reichten dem Richter nicht, um das äußerst gewagte juristische und politische Konstrukt „versuchter Totschlag" gegen Matthias Z. noch länger aufrechtzuerhalten. Deshalb wurde dieser Vorwurf nun in den der „gefährlichen Körperverletzung" abgeschwächt. Selbst der angebliche Tatablauf, den die Neonazis in ihren zweifelhaften Aussagen den hierfür absolut aufgeschlossenen Beamten des LKA / Abteilung Staatsschutz geschildert hatten, gab bei unvoreingenommener juristischer Betrachtung nicht genug Anhaltspunkte für einen „versuchten Totschlag" her. Die Anwälte von Matthias gehen davon aus, dass der Prozess nicht vor dem Schwurgericht, sondern vor dem Amtsgericht eröffnet wird. Hierüber wird die Kammer in den nächsten Tagen entscheiden. Matthias Z. saß somit bis heute 101 Tage unschuldig in Untersuchungshaft.

Er wird von den Ermittlungsbehörden verdächtigt, an einer Auseinandersetzung im November vergangenen Jahres mit den beiden stadtbekannten Neonazigrößen Sebastian Z. und Stefanie P. in Berlin-Lichtenberg beteiligt gewesen zu sein, bei der beide leicht verletzt wurden. Obwohl die Angreifer vermummt waren, wollen die beiden Neonazis Matthias Stunden später auf ihren privaten Anti-Antifa-Fotos wiedererkannt haben. Nach umfangreichen Ermittlungen und intensiver Observation wurde Matthias durch das Landeskriminalamt Berlin am 12. Dezember 2006 verhaftet. Seitdem saß er in Untersuchungshaft in der berüchtigten JVA-Moabit. Polizei und Teile der Berliner Justiz setzen alles an eine harte Verurteilung, bei der ihm mehrere Jahre Haft drohen. Obgleich es, abgesehen von den Aussagen der beiden Neonazis, keinerlei belastendes Material gibt, saß er seit Dezember aufgrund der angeblichen „Schwere der Tat" in Untersuchungshaft. Dieser skandalöse Umstand war eindeutig politisch gewollt!

Seit Jahren ist Lichtenberg als Hochburg der rechtsextremen Szene bundesweit bekannt. Keine Woche vergeht ohne fremdenfeindliche Übergriffe, denen unter anderem auch einige Politiker wie der PDS-Abgeordnete Giyasettin Sayan zum Opfer fielen. Ein Großteil dieser Straftaten wurde bisher nicht aufgeklärt, die Ermittlungen verliefen im Sande oder wurden einfach eingestellt.

Um den rechten Umtrieben in Lichtenberg endlich etwas entgegenzusetzen, starteten antifaschistische Initiativen in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen im Herbst vergangenen Jahres die Kampagne „Hol dir den Kiez zurück." Schon in dieser Zeit wurde offensichtlich, dass vor allem das LKA Berlin eher an der Kriminalisierung der Kampagnenarbeit interessiert war als an der Aufklärung rechtsextremistischer Straftaten. In diesen Zusammenhang steht auch die Inhaftierung von Matthias. Offenbar ist es den Behörden wichtiger, antifaschistisches Engagement zu kriminalisieren, als sich einmal intensiv mit dem rechtextremistischen Problem in Lichtenberg auseinander zu setzen.

Stefan Jakob von der UnterstützerInnen-Gruppe für Matthias erklärt zu der Entscheidung: „Die richterliche Entscheidung zum Fall Matthias Z. zeigt, dass Teile der Berliner Ermittlungsbehörden in ihrer realitätsfernen Ermittlungswut gegen Antifaschisten jegliches Augenmaß verloren hatten." Viele Abgeordnete sowohl auf Bundes- wie auch Landesebene und Gewerkschafter haben in den vergangenen Tagen diesen skandalösen Vorgang verurteilt und ihre Solidarität mit Matthias bekundet; unter anderem erklärte die Bundestagsabgeordnete der PDS/Linkspartei Ulla Jelpke: „Die Berliner Justiz setzt mit dem andauernden Untersuchungshaftbefehl gegen den Antifaschisten ein fatales Signal: Sie schüchtert antifaschistisch und demokratisch engagierte Menschen ein, statt Zivilcourage gegen rechte Gewalt zu ermutigen."

Die UnterstützerInnen-Gruppe von Matthias Z.

Prozess gegen Christian und Leila auf 21.6. verschoben

Die Berufungsverhandlung gegen Christian und Leila wegen Landfriedensbruch pp. in Dresden am 13. 2.2005, wurde während der Beweisaufnahme wieder abgebrochen. Aufgrund der Abwesenheit des Polizeizeugen Radmann und den terminlichen Engpässen des Gerichts (Vorsitzender Lindemann) und der Verteidigung war es nicht möglich, weitere Verhandlungstage zur Befragung der anonymisierten Polizeizeugen innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von drei Wochen, auszumachen. Die Verhandlung wird demnach am 21. Juni 2007 wiederholt.

Oury Jalloh

Recht auf Aufklärung!

Im Folgendem dokumentieren wir eine Erklärung aller drei NebenklagevertreterInnen.

Das ist eine gemeinsame Erklärung aller Nebenkläger bzw. Nebenklagevertreterinnen zur Anklage und zu dem nun laufenden gerichtlichen Verfahren: Diese Erklärung ist insbesondere vor dem Hintergrund erforderlich, da unsere Mandanten nunmehr hier

Vor dem Gerichtsgebäude (Umbruch-Bildarchiv)

anwesend sind und erstmalig die Gelegenheit haben, sich zu diesem Verfahren zu äußern. Für unsere Mandantinnen ist weiterhin unfassbar, wie es dazu kommen konnte, dass Oury Jalloh an allen vier Gliedmaßen gefesselt im Polizeigewahrsam Dessau verbrennen konnte. Sie sind froh, dass es nun doch zu einer Hauptverhandlung gekommen ist, die jetzt die Chance bietet, die Vorgänge im Polizeigewahrsam Dessau umfassend aufzuklären. Die Anklage der Staatsanwaltschaft, die hier verhandelt wird, geht von der Hypothese aus, dass Oury Jalloh sich selbst angezündet hat. Wir halten die Anklage, wie sie hier verlesen worden ist, für eine Hypothese, für einen Geschehensablauf, der zwar denkbar ist, aber insgesamt wenig plausibel, da hier eine Vielzahl von Unwahrscheinlichkeiten zusammen hätten kommen müssen. Nach unserer Auffassung ist nach wie vor ungeklärt, wie es zu dem Brandausbruch in der Zelle gekommen ist. Umso mehr hoffen wir, dass in diesem Verfahren allen Prozessbeteiligten die Möglichkeit gegeben wird, den Geschehensablauf im Polizeigewahrsam vollständig aufzuklären, ohne sich nur auf die konkreten Vorwürfe gegen die Angeklagten S. und M. zu beschränken. Wir hoffen auch, dass insbesondere die Vertreterinnen der Nebenklage seitens des Gerichts in ihrem Fragerecht nicht behindert werden. Wir gehen davon aus, dass sowohl die Öffentlichkeit als auch unsere Mandanten das Recht auf eine umfassende Aufklärung haben. Dies ist im Übrigen auch für die hier Angeklagten im Rahmen der Strafzumessung von Bedeutung. Die umfassende Aufklärung wird auch ergeben, dass möglicherweise noch andere Personen für den Tod von Oury Jalloh die Verantwortung tragen. Schon die Praxis der Fixierung, wie sie im Polizeigewahrsam Dessau bis zum heutigen Tag angewandt wird, ist menschenunwürdig und hat gezeigt, dass einem derartig gefesselten Menschen jede Möglichkeit genommen wird, sich einer Notsituation selbst zu retten.

Rechtsanwältin Regina Götz
Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräff
Rechtsanwalt Felix Isensee
Dessau, 27. März 2007

Urteilspruch gegen Marco Camenisch

Die Staatsanwaltschaft ist mit der Forderung nach Verwahrung nicht durchgekommen! Drinnen und Draußen: der Kampf geht weiter!

Heute (13.3.) um elf Uhr fand am Obergericht Zürich der letzte Teil des Prozesses gegen Marco Camenisch statt. Das Aufgebot der Staatsgewalt könnte nach wie vor als leicht überdimensioniert bezeichnet werden. Es fanden sich etwa fünfzehn solidarische Leute ein, um den Worten des Richters zu lauschen. Anders als gestern wurde nicht nur jede/r Einzelne gefilzt und durch den Metalldetektor geschleust, zusätzlich registrierte die Kapo gleich präventiv die Identität aller Besucher/innen.

Der Richter ließ es sich nicht nehmen, mit dem Einsatz der Schmier zu drohen, für den Fall, dass der Pöbel sich nicht ruhig verhielte. Darauf verkündete er das Urteil: acht Jahre Freiheitsstrafe, abzüglich der bis zum ersten Prozess im Juni '04 dauernden U-Haft. Der Antrag auf Verwahrung wurde abgelehnt. Dann listete er die immensen Summen auf, die Marco als Genugtuung oder Gerichtskosten bezahlen muss. Zuletzt erklärte der Richter, dass auch gegen dieses Urteil Nichtigkeitsbeschwerde - sowohl kantonal als auch beim Bundesgericht - erhoben werden kann.

Übersetzt und umgerechnet heißt das, dass Marco spätestens 2018 rausgelassen werden muss. Frühester Entlassungstermin ist 2012, falls sie ihm einen Drittel der Strafe bedingt erlassen. das Urteil bedeutet vor allem auch, dass der verbissene Hardliner und Staatsanwalt Ulrich wieder auf der ganzen Linie verloren hat! Wenn ihn sein Boss nicht zurückpfeift, muss vielleicht damit gerechnet werden, dass er die erneute Niederlage nicht verkraftet und das Urteil weiterzieht.

Es folgte eine kurze und äußerst technische Begründung des Urteils durch den Richter, bei der einen das Gefühl beschlich, dass es sich bei der ‚Rechtsfindung' um eine Art geheime Zauberkunst oder Bibelauslegung handelt. so scheint beispielsweise das neue Strafgesetzbuch so einige neue Probleme geschaffen zu haben, die erst an ein paar Angeklagten getestet und von verschiedenen weisen Gelehrten verschieden interpretiert werden. Immerhin wurde deutlich, dass das Gericht die Verwahrung in diesem Fall für unverhältnismäßig und menschenrechtswidrig hält und die Argumente von Marcos Anwalt praktisch 1:1 übernahm.

Auch wenn der Angriff ... wieder erfolglos war, gibt es kaum Grund zu feiern: wenn Marco die gesamte Strafe absitzen muss, wird er mit 66 nach 28 Knastjahren raus kommen. Aber wer behauptet denn, Gerichte hätten was mit Gerechtigkeit zu tun? Jedes verdammte Jahr im Knast ist eins zu viel! Marco muss raus und zwar sofort!

Darum bleibt es dabei: Freedom and sunshine for Marco Camenisch – für eine Gesellschaft ohne Knäste

Freund/innen und Unterstützer/innen von Marco Camenisch, 13.3.07

Italien

Erklärung der Angehörigen und FreundInnen

der Verhafteten vom 12. Februar

Die Familienangehörigen und Freunde der Verhafteten vom 12. Februar 2007 und jener, gegen die ermittelt wird, sind am 18. Februar 2007 zusammengekommen, um zu begreifen, was geschehen ist und um folgende Reflektionen zum Ausdruck zu bringen:

Wenn man die heikle politische Balance der Regierung, die Nähe der Demonstration in Vicenza gegen die Basis Dal Molin und die schwerwiegenden Angriffe gegen die ArbeiterInnen, wie beim Streik der TFR beobachtet, ist die Chronologie, in der die polizeilichen Aktion sich entwickelt hat, durch die ein Klima der Angst und eines unverhältnismäßigen und beunruhigenden Druck geschaffen wurde, nicht zufällig.

Die Eile, mit der Distanz hergestellt und eingenommene politische Positionen und das Bild der CGIL um jeden Preis vor der Gesellschaft geschützt wurden, hat das mediale Lynchen all der eingetragen Mitglieder und Delegierten gefördert, die mit Ernsthaftigkeit, Kompetenz und Entschlossenheit das Recht der ArbeiterInnen gestützt haben. Es war höchst einfach, sie des Verrats, eines Doppellebens und fehlender Loyalität zu beschuldigen, um die Enttäuschung der ArbeiterInnen bezüglich der Politik, die ihnen in keinster Weise entspricht, weder seitens der Rechten noch der Linken, als Unverständnis oder mangelndes Fassungsvermögen glaubhaft zu machen. Der schwerwiegendste Angriff richtete sich gegen die Integrität unserer Söhne und Genossen und gegen ihre transparente Kohärenz. Der „Verrat" war ein Überraschungsangriff auf alles, was auf dem medialen Markt leicht verletzlich ist.

Die Radikalität des Denkens, der Handlungsweise der jugendlichen Militanten hat

uns nicht überrascht; es wäre eher selten, wenn die Jugendlichen nicht so reagieren würden. Wir wollen unterstreichen, dass in einer „ausverkauften Gesellschaft“, in der alles und das Gegenteil von allem gerechtfertigt wird, diese Jugendlichen wenigstens den Willen haben, zu studieren, sich zu konfrontieren und für ihre starken Ideale Risiken einzugehen.

Was uns berührt, ist die warme Solidarität, die sich trotz des Klimas von Terror und Spott in so vielen persönlichen Fällen und seitens Kollektiven gezeigt hat. Auch das steht unter Anklage, wie es beim Anbringen von Plakaten an den Mauern von Milan oder der außerordentlichen Teilnahme an der Demonstration in Vicenza hinter den gegen die Inhaftierungen gerichteten Transparenten geschehen ist.

Der Medienapparat und die Presse, die anscheinend sehr viel besser informiert sind als die eigenen AnwältInnen der Verteidigung, haben einmal mehr die Würde nicht nur der inhaftierten Personen, sondern auch der Familien und Freunde verletzt. Die Leben, die sie durch ihre Verurteilungen und Kriminalisierungen zerstört haben, können niemals in genügendem Maß entschädigt werden.

Denjenigen, die unsere Lieben als Monster auf die erste Seite gebracht haben, war es unwichtig, die Tatsachen zu verifizieren oder zu begreifen, bevor sie urteilten; es hat keine Bedeutung für sie, in der Gesellschaft die Notwendigkeit einer Klarheit hinsichtlich der Schwere der erhobenen Anschuldigungen reifen zu lassen, eher das Gegenteil. Ihr Ziel ist es, die Konfusion aufrecht zu halten, um Isolierung um die Ideen unserer Lieben herum zu erzeugen und das Gleichgewicht der Macht beständig zu halten.

Nach den angestellten Überlegungen haben die Familien und Freunde der Inhaftierten und derer, gegen die Ermittlungen laufen, beschlossen, ihre Lieben gemeinsam zu unterstützen und eine Kette der Solidarität zu schaffen, um ihnen während ihrer Verhaftung und des ganzen legalen Prozesses, der ziemlich komplex, heikel und kostspielig werden wird, zu helfen. Eine Initiative ist auch, die Hilfestellung bei den Problemen, die sich in dieser Situation ergeben können, unter den Angehörigen auszutauschen. Wir verpflichten uns außerdem, jenen, die sich von den Informationsmedien, die entschlossen sind, jede Notiz im Namen der bestmöglichen Auflage zu manipulieren, verraten fühlen, mehr Gehör zu verschaffen.

Wir beschließen außerdem, unsere Lieben uns selbst zu unterhalten und uns gegenüber jedem Angriff, der sich in verschiedenen Bereichen, wie Entlassung, Gewerkschaftsausschluss und rachsüchtigen Diffamierungen in den Medien zeigen kann, zu verteidigen.

Wir laden die wenigen Angehörigen, die nicht an unserem Treffen teilgenommen haben, vielleicht weil sie nicht unterrichtet waren oder nicht wussten, wann sie sich an wen sich wenden können, oder weil sie vielleicht Angst hatten, Schaden zu erleiden, oder davor, dass ihren Lieben durch die breite Einschüchterungskampagne der Medien Schaden zugefügt wird, mit uns Kontakt aufzunehmen.

Aufgrund des insgesamt hier Genannten wurde beschlossen, die „Associazione Parenti e Amici degli arrestati el 12/02/2007“ (Vereinigung der Angehörigen und Freunde der Inhaftierten vom 12/02/2007) zu gründen, die bald eine Kontonummer für Postüberweisungen bekannt geben wird, für jene, die finanzielle Unterstützung leisten wollen. Die E-Mail-Adresse der „Associazione Parenti e Amici degli arrestati del 12/02/2007“ ist: parentieamici@libero.it

Bericht Jenin

Gewaltloser Widerstand in Israels Gefängnissen

Von Ali Samoudi

22 Gefangene befinden sich im Hungerstreik. Sie begannen am Donnerstag mit ihrer Aktion aus Protest gegen 4 aufeinander folgende Monate der Isolation, nachdem eine Zeit der Verhöre beendet war.

Eine Stellungnahme zu den israelischen Gefängnissen sagt aus, dass „die Gefängnisverwaltungen weiter die Schlinge anzieht“ und „alle noch existierenden Rechte verletzt“. Die Palästinenser sind „den schwierigsten Bedingungen ausgeliefert, die nur weitere Verletzungen von Menschenrechten, speziell durch die Isolationshaft, den Orten der Folter, mit sich bringen“.

Eine nicht geringe Zahl von politischen Häftlingen hat die Zeit ihrer Verhöre beendet, welcher nun eigentlich die Einlieferung in ein „normales“ Gefängniszentrum folgen müsste. Wie auch immer, die israelische Gefängnisverwaltung erlaubt es 22 Menschen nicht, Teil dieser „normalen“ Insassen der Gefängnisse zu sein. Besuche von Angehörigen oder internationale Kontrollbesuche des Roten Kreuzes sind damit unmöglich geworden.

Die Gefangenen schrieben: „Wir sind von medizinischer Versorgung ausgeschlossen und ständigen, systematischen Provokationen, Unterdrückungsmaßnahmen und Isolation ausgesetzt.“ Sie beanstandeten weiterhin die mangelhafte, einseitige Ernährung, deren geringe Menge und die über lange Zeiträume verhinderten Waschmöglichkeiten. Familienmitgliedern wird es nicht erlaubt, Kleidung und medizinischen Bedarf zu schicken.

Palästinensische politische Gefangene richteten eine Bitte an die internationale Gemeinschaft, international gültige Regeln, die Genfer Konventionen und vorhandene UN-Resolutionen und deren Anwendung, bei den israelischen Politikern einzufordern. Der Hungerstreik wird fortgesetzt, wenn kein Erfolg absehbar ist.

www.freunde-palaestinas.de/page/bericht/walter/07/3103pnn.html, Für Freunde Palästinas en-dt: Walter Bornholdt, PNN, 31.3.07

In Argentinien entstandener Dokumentarfilm von Roland Wanitschka (Eisenach) über die Piqueteros der MTL:

„Der Aufbau der Gegenmacht aus dem Alltäglichen“

Der Film entstand 2006 und ist das dokumentarische Ergebnis einer Reise nach Argentinien zu der Piquetero-Basisorganisation Movimiento territorial liberación (MTL) Ende 2005.

In ihm werden die verschiedenen politisch-sozialen Projekte der MTL vorgestellt, wobei auch die Aktivistinnen und Aktivisten z.B. in Interviews selbst zu Wort kommen und ihre Motivation für die Mitarbeit in der MTL darlegen. Sie schildern ihre Lebensbedingungen und erläutern ihre Ziele bei der Errichtung einer alternativen Gesellschaft, einer anderen Kultur, einer Kultur des Volkes (pueblo) gegen Kolonialismus und Ausbeutung.

„Wir träumen von einer anderen Welt, einer Gesellschaft für alle und wir müssen der Globalisierung der Herrschenden eine Globalisierung von unten, eine der Arbeiterbewegung entgegenstellen”, so ein Aktivist.

Bei den dargestellten Projekten handelt es sich um ein Wohnungsbauprojekt in der Hauptstadt Buenos Aires, um die Übernahme einer von ihrem Besitzer stillgelegten Salzmine im Norden des Landes durch die Arbeiterinnen und Arbeiter, ein Frauenzentrum, welches versucht, arbeitslosen, ausgegrenzten Frauen eine Perspektive zu eröffnen, eine Antidrogen- und Reintegrationseinrichtung auf einem ehemaligen Bauernhof und ein Projekt zur Verteilung von Milch an bedürftige Kinder und ihre Familien in einem Dorf. Des weiteren wird eine Demonstration von Bauern- und Frauenorganisationen, bei der die MTL dabei ist, in Buenos Aires gezeigt.

In einer Selbstdarstellung der MTL heißt es: „Wir müssen uns den Verursachern unseres Elends entgegenstellen. Um sich der Macht zu stellen, muss man aufbauen, aus dem Alltäglichen und vom Einfachen hin zum Komplexen. Eine Gegenmacht aufbauen, die die Armen und ihre Probleme ins Zentrum stellt und eine Selbstverwaltungspraxis schafft, stark am Selbstgefühl des Volkes arbeitet und so Machträume in den Händen derer sichert, die am wenigsten haben. Das nennen wir Volksmacht.

Unsere Bewegung, das sind Menschen aus dem Viertel, Arbeitslose, Arbeitende, Studierende, Pensionierte, Jugendliche,... und wir sind da, wo das Volk ist: in besetzten Häusern, Landbesetzungen, Mieterbewegungen, Nachbarschaftsgruppen, Kooperativen ...“

Der Dokumentarfilm (ca. 40 Minuten) kann über o.g. Adresse bestellt und Veranstaltung dazu angefragt werden.

Roland Wanitschka
Initiative für politisch-kulturelle Bildung und Aufklärung - Eisenach
PF 1144
99801 Eisenach
Eisenach, 5.3.2007
Tel.: 0049(0)171-2068180
e-mail: roland.wanitschka@web.de
Aus: „CUBA LIBRE“ Nr.1/2007

Aufbau von Gegenmacht aus dem Alltäglichen

Die Piquetero Organisation MTL, Argentinien. Dokumentarfilm, ca. 40 Min.

1.700km nördlich von Buenos Aires. Es ist ein Fest, während dessen auch das Gedenken an den Che seinen Raum und seine Bedeutung hat, ein Fest zur Übernahme einer stillgelegten Mine durch die MTL (Movimiento Territorial Liberación – Territoriales Befreiungsprojekt).

“Wir wollen eine Gesellschaft für Alle!”

Bauern und Frauenorganisationen auf den Straßen, um für ihre Rechte einzutreten. Ein Großbauprojekt der MTL in der Hauptstadt Buenos Aires. Der mit der Handkamera entstandene Dokumentarfilm gibt einen anschaulichen, authentischen Querschnitt wieder. Die Kommentare sind informativ und stellen Zusammenhänge dar. In den Reihen der MTL sind nicht nur Männer und Frauen Seite an Seite aktiv, es sind dort auch viele MigrantInnen aus anderen Ländern Lateinamerikas integriert.

In den Projekten des Movimiento erhalten die Beschäftigten einen garantierten Mindestlohn. Bei den Wohnbauprojekten haben sie überdies das Recht, selbst eine der entstandenen Wohnungen zu beziehen und zu günstigen Konditionen abzuzahlen. Einzelne VertreterInnen der MTL schildern ihre Lebensbedingungen und erläutern ihre Ziele bei der Errichtung einer alternativen Gesellschaft, einer anderen Kultur, einer Kultur des Volkes gegen Kolonialismus und kapitalistische Ausbeutung. *MSchw*

USA: Exzessive Strafpraxis

23 Jahre wegen Brandanschlag

Vor wenigen Wochen gab ein Gericht in Oregon den Berufungsantrag von Jeff ‚Free‘ Luers in wesentlichen Punkten statt und wies den Fall an ein unteres Gericht zur neuen Strafmaßfestsetzung zurück.

Als sie im frühen Morgen des 26. Juni 2000 mit dem Auto unterwegs waren, wurden die beiden Anarchisten und Umweltaktivisten Luers und Craig ‚Critter‘ Marshall von Polizeibeamten erkannt und verfolgt. Wie es in der Urteilsbegründung heißt, waren der „Eugene [Oregon-]Polizist Harvey und zwei andere Beamte [FBI] in ei-

nem zivilen Fahrzeug unterwegs, um Information bezüglich eines Treffens von Aktivisten zu sammeln“[1]. Nachdem sie das Auto von Luers und Marschall erspähten, veranlassten sie, dass die Verkehrspolizei die Beiden wegen eines angeblich defekten Scheinwerfers anhielten. Während der Verkehrskontrolle wurde ein Feuer bei einem Autohändler in der Nähe gemeldet und die beiden in Gewahrsam genommen. Kurze Zeit später wurden sie wegen des Brandes, bei der drei Geländewägen abfackelten bzw. wegen versuchten Brandanschlag gegen zwei LKW einer Mineralölgesellschaft drei Wochen zuvor verhaftet und vors Gericht gestellt.

Aus einem Brandanschlag bzw. einem versuchten konstruiert die Staatsanwaltschaft eine Fülle von Anklagepunkten mit der offensichtlichen Absicht, den radikalen Teil der Umweltbewegung einzuschüchtern. Jedes beschädigte Fahrzeug wurde zum Hauptanklagepunkt - 5 insgesamt, einer für jedes Fahrzeug -, dazu kamen Besitz von Brandsätzen, Anzünden von Brandansätzen usw. usf. Auch der Richter machte das Spiel mit und lehnte Anträge der Verteidigung auf Zusammenfassung mehrerer Anklagepunkte zu einen ab, einer der Hauptpunkte in Luers Berufungsantrag.

Während des Verfahrens starb der Anwalt von Luers an Herzversagen. Den Tod des Anwalts versuchte die Staatsanwaltschaft auszunutzen und bot Luers und Marshall, die bis dahin ihre Unschuld beteuert hatten, einen Deal an, gegen ein Geständnis eine Haftstrafe von 156 Monaten Haft mit anschließend 3 Jahren auf Bewährung. Luers lehnte dieses Angebot ab, Marshall nahm ihn an[2]. Marshalls Anwalt bot Luers an, ihn zu verteidigen.

Obwohl ein Brandexperte bestätigte, dass die Anschläge nicht geeignet waren, Menschenleben zu gefährden, und die Schäden relativ gering waren, wurde Luers zu fast 23 Jahre Haft verurteilt.

Nach dem neuerlichen Gerichtsurteil hoffen Luers Familie und Freunde, ihn bald in die Freiheit zu begrüßen.
www.freefreenow.org

1 In Oregon und Nordkalifornien gibt es schon seit vielen Jahren eine starke Bewegung gegen die Abholzung von zum Teil Tausend Jahre alte Redwoodbäume und Vernichtung der Umwelt.

2 Marshall wurde am 6. Januar auf Bewährung freigelassen.

Romaine ‚Chip‘ Fitzgerald

Fast 40 Jahre im Gefängnis

Schon 2004 schrieb der Journalist und Hochschuldozent Linn Washington, Freund und ehemaliger Arbeitskollege von Mumia Abu-Jamal: „Vielleicht diesmal, wenn sich Romaine Fitzgerald mit der kalifornischen Strafaussetzungsbehörde trifft, kann dieser Mann, bekannt als ‚Chip‘, die fragwürdige Ehre ablegen, das am längsten inhaftierte Mitglied der Black Panther Party [BPP] in US-Gefängnissen zu sein.“

Romaine ‚Chip‘ Fitzgerald sitzt seit beinahe 40 Jahre im Gefängnis wegen angeblichen Mordes bzw. versuchten Mordes.

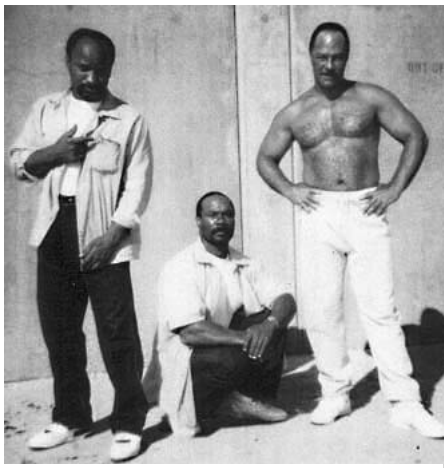
Am 7. September 1969 stoppte ein kalifornischer Autobahnpolizist das Auto, in dem Fitzgerald und zwei andere Mitglieder der BPP (Robert Williams and Luxey Irvin) saßen. Es kam zu einer Schießerei, bei der Fitzgerald und der Polizist verletzt wurden. Obwohl alle drei BPP-Mitglieder entkommen konnten, hatte der Polizist immer noch Fitzgeralds Führerschein, und es wurde nach ihm gefahndet. Fitzgerald wurde ca. fünf Wochen später widerstandslos festgenommen und wegen versuchten Mordes angeklagt. Gleichzeit wurde er wegen Mordes an einem Supermarktwächter, der bei einem Raubüberfalls in seinem Auto erschossen wurde.

Der Augenzeuge James Coleman, der zwei Männer vom Tatort weglaufen sah, sagte im Prozess aus, Fitzgerald sei einer der Männer. Obwohl er zugab, dass seine Sicht wegen der Neonbeleuchtung auf dem Parkplatz behindert war, war er sicher, dass Fitzgerald dabei war. Während der Untersuchung wurden Coleman Fotografien verschiedener Verdächtigern gezeigt, er konnte Fitzgerald aber nicht identifizieren.

Im Zeugenstand wurde Coleman aufgefordert, den Richter zu beschreiben, ohne ihn anzusehen, was er nicht konnte. Dennoch wurde Colemans Beobachtungsgabe vom Gericht nicht in Frage gestellt.

Fitzgerald erklärte, er habe nach der Schießerei mit dem Verkehrspolizisten fast vier Wochen eine Bandage um den Kopf gehabt, die Coleman gar nicht erwähnte, und er sei untergetaucht gewesen. An dem Abend war er nicht mal aus dem Haus gegangen, was auch von Zeugen bestätigt wurde. Der Polizist, der bei der Schießerei verletzt wurde, sagte aus, die Polizei hätte bezüglich BPP-Mitglieder Schießbefehl - der Richter wies die Geschworenenjury an, diese Aussage nicht zu beachten. Dennoch wurde Fitzgerald in beiden Fällen schuldig befunden und zum Tode verurteilt.

Nachdem das Oberste Gericht der USA 1972 die Todesstrafe für verfassungswidrig erklärte, wurden die Strafen der kalifornischen Todestraktinsassen in lebenslange Haftstrafen mit der Möglichkeit der Strafaussetzung umgewandelt und Fitzgerald zu zweifacher lebenslanger Haftstrafe verurteilt.



Geronimo Ji Jaga, Chip Fitzgerald, Warren Wells

Viele, die 1972 mit Fitzgerald im Todestrakt saßen, sind seitdem freigelassen worden, u.a. einige, die wegen mehrfachen Mordes verurteilt wurden. Fitzgerald sitz noch im Gefängnis. Sein Antrag auf Strafaussetzung wurde 2004 abgelehnt, wie jedes Mal davor. Jedes Mal war die Ablehnungsbegründung ähnlich, Fitzgerald habe keine Reue gezeigt und er sei eine Gefahr für die Gesellschaft.

Mel Mason, Vorsitzender der Monterey Peninsula Ortsgruppe der NAACP, hält dies für Unfug. „Chip hat gesagt, dass es ihm sehr Leid tut, dass jemand gestorben ist. Er kann es nicht mehr bereuen, weil er sagt, er hat den Wächter nicht ermordet“, sagt er. „Wie ist er eine Gefahr, wenn er selber seit 35 Jahren in einer gefährlichen Umwelt lebt, ohne Probleme zu bekommen. Welche Gründe gibt es, ihn im Gefängnis zu halten, es sei denn politische?“

Für Ende März war eine neue Anhörung bei der Strafaussetzungskommission terminiert. Bis jetzt ist die Entscheidung der Kommission nicht bekannt.

http://www.thejerichomovement.com/fitzgerald.html
http://www.abcf.net/la/laabcf.asp?page=lachip2

Hörbuch zu Mumia Abu Jamal

In der letzten Zeit war es in Deutschland stiller geworden um Mumia-Abu-Jamal. Der afroamerikanische Radiojournalist sitzt seit 1982 in der USA in einer Todeszelle. Ihm wird die Erschießung eines Polizisten vorgeworfen. Zu Unrecht, wie er immer wieder beteuert. In den 90er Jahren hat eine große Solidaritätskampagne in den USA und in aller Welt nachgewiesen, dass das Urteil nichts mit Gerechtigkeit, aber viel mit weißem Rassismus zu tun hat. Doch das Leben von Mumia ist noch längst nicht gerettet. In den nächsten Monaten wird die wichtige Anhörung stattfinden, die darüber entscheidet, ob die Staatsanwaltschaft ihn doch noch hinrichten lassen oder lebenslänglich wegsperren kann. Oder ob sich Mumias Anwälte mit der Forderung nach einem neuen Prozess durchsetzen können, der ihrer Auffassung nach nur mit einem Freispruch enden kann.

Ein von dem Heidelberger Universitätsdozenten Michael Schiffmann herausgegebenes Hörbuch kann dazu beitragen, dass Mumias Fall auch in Deutschland wieder stärker ins Blickfeld gerückt wird. Schiffmann macht an kurzen Texten deutlich, wie aus dem schwarzen Jugendlichen Weeslie Clark der Aktivist Mumia Abu-Jamal wurde. Es wird beschrieben, wie er als Jugendlicher auf seiner ersten Demonstration von der Polizei so schwer misshandelt worden war, dass ihn seine eigene Mutter beim Besuch im Krankenhaus nicht erkannt hat. Ein weißer Polizist hatte ihm seinem Stiefel mitteln ins Gesicht getreten. Das waren Erfahrungen, die Mumia an die Seite der Black Panther Party brachte. Schiffmann machte in einem kurzen historischen Abriss deutlich, wie die US-Polizei führende Aktivisten der Black Panther Bewegung in ihren Betten liquidierte. Der junge Mumia Abu-Jamal machte diesen Staatsterror in der Presse der schwarzen Bewegung öffentlich und zog sich so auch früh den Hass des Establishments zu. Seine Akte beim FBI umfasste mehr als 800 Seiten. Schiffmann zeigt an konkreten Beispielen auf, dass die USA schon längst auf dem Weg der Gefängnisgesellschaft vor allem für Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe und für Menschen mit geringem Einkommen sind. „Man wird in den Todeszellen keine Millionäre finden“, so der Autor. Fast mit juristischer Akribie seziert er den Fall, der Mumia in die Todeszelle brachte und auch das Prozedere, das Mumias Leben noch retten kann. Hier hätte an manchen Stellen eine musikalische Einlage zur Auflockerung beigetragen.

Das einstündige Hörbuch liefert Informationen, für die man sonst dicke Bücher lesen muss. Schiffmann nennt Mumia ein weltweites Symbol einer „Demokratie von unten“, der nur von einer breiten Massenbewegung aus der Todeszelle befreit werden kann. Wenn sich die parlamentarische Bewegung wieder stärker als in den letzten Jahren für Mumia engagiert.

Bestellung über: Ausnahms-Weise e.V. Mumia Abu-Jamal CD-Hörbuch, Weisestr. 53,12049 Berlin oder über free.mumia@gmx.net, es kostet 7 Euro.

Peter Nowak

Betrifft: Anhörung Mumia Abu-Jamals

Letzte Meldung

Nach Bekanntgabe des Anhörungstermins begannen Unterstützer Abu-Jamals mit der Mobilisierung für eine Großkundgebung vor dem Gerichtsgebäude im Philadelphia am 17. Mai. Die New Yorker Autorenvereinigung hat schon eine Veranstaltung für den 12. Mai angekündigt.

Am 24. April, Abu-Jamals Geburtstag, wird wie jedes Jahr eine Kundgebung am Philadelphia Rathaus stattfinden und am Abend eine Veranstaltung mit bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, u.a. mit einem Vertreter der Organisation „Schwarze Polizisten gegen Polizeibrutalität“ und dem Vorsitzenden der „Vereinigung Schwarzer Polizisten“

Auch in Deutschland sind Kundgebungen für den 24. April in der Planung bzw. eine bundesweite Demonstration in Berlin am 12. Mai.

Das Internationales Verteidigungskomitee (IVK) in Bremen weist darauf hin, dass Abu-Jamals Verteidigerteam immer noch auf Spenden angewiesen sind.

Spendenkonto für BR Deutschland und umliegendes europäisches Ausland:

Unter dem Stichwort „Verteidigung“ **Spenden** bitte an:

Archiv 92/Sonderkonto Jamal
S.E.B. Bank Bremen
Konto-Nr. 100 8738 701 (BLZ 290 101 11)

(Überweisungen aus EU-Ländern: IBAN DE78 2901 0111 1008 7387 01 - BIC: ESSEDE5F290) Da es sich um ein Solidaritätsprojekt handelt, können leider keine steuerlich absetzbaren Spendenquittungen ausgestellt werden.

Danke!

Wir haben in den vergangenen Wochen mehrere Spenden für das Gefangenen Info erhalten und danken ganz herzlich allen Spenderinnen und Spendern.

Redaktion und Verlag des Gefangenen Infos

E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de • Gefangenen Info im Netz: www.political-prisoners.net

Das **Gefangenen Info** ist aus dem Angehörigen Info hervorgegangen. Es erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P. : Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen:** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040) 43 18 88 20, Fax: (040) 43 18 88 21, eMail: gnn-hhsh@hansenet.de – Einzelpreis : 1,55 Euro. Ein Jahresabonnement kostet 29,90 Euro (Förderabonnement 33,20 Euro), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt. Bei Bestellung erhalten Sie eine Rechnung bzw. ein Formular für eine Einzugsvollmacht, die Sie uns bitte zurückschicken. Verlagskonto: Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontonummer: 25265-201. **Gesamtherstellung**: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. ***Redaktionsschluss für Nr. 324: So, 29.4.07***